

Arbeiter-Zeitung

Sonnabend, 8. November 1930
12. Jahrgang, Nummer 261

erschint Montag mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 RM. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 RM., unter Streifenband 3 RM. Anzeigenpreis: Die gebogenballene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Berlangungsanzeigen 8 Pf., Kellamerpreis: Die dreifachballene Millimeterzeile oder deren Raum im Zeit 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Hauptredaktion um 5 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krennauer Straße 50. Tel. 550 98.
Sektionsredaktion: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Krennauer Straße 50. Tel. 238 02. Geschäftsstelle bei Redaktion von 12—18, Montag bis Freitag von 17 bis 18 Uhr. Filialredaktionen: Gubenburg, Kronprinzstraße 200, 2. Eingang Wasserstr., Tel. 3970; Oppeln, Wobbestraße 11, Tel. 1884; G. S. 113, Kunig 6, Tel. 2384. Geschäftszeiten 9—19 Uhr. Geschäftsstand: Kampfverlagsgesellschaft Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Kurbag“, Filiale Breslau, Krennauer Straße 50.

Dreizehn Jahre Aufbau im Zeichen von Sichel und Hammer

Der 7. November Tag des Sieges — und des Kampfes

Saft zwanzig Millionen Erwerbslose in den Ländern der kapitalistischen Ausbeutung
In der Sowjetunion 2 Millionen 350 000 freie Arbeitsstellen in diesem Vierteljahr

Heute kehrt zum dreizehnten Male der Tag wieder, an dem in Rußland die Herrschaft der proletarischen Ernte abgelöst wurde durch die Aufsichtung der proletarischen Diktatur im Zeichen von Sichel und Hammer als den Symbolen der Arbeit. Zum dreizehnten Male werden heute in der Sowjetunion aufmarschieren die Millionen, die nach jenen denkwürdigen zehn Tagen, die die Welt erschütterten, in diesem Jahre mit triumphierender Gewißheit feststellen können, daß die Sowjetunion so fest fundamentiert hineintragt in den Erdball, daß keine Macht der Erde mehr imstande sein wird, den Siegern den Preis zu entreißen. Die neue Welt, deren Grundstein vor dreizehn Jahren jenes Häuflein mutiger Bolschewik unter Führung Lenins gelegt wurde, steht heute im Zeichen des die ganze Ertragswelt in Einklang bringenden Fünfjahresplans. Was dieses gigantische Werk bedeutet, haben wir in unserer Zeitung so oft Gelegenheit gehabt, unseren Lesern zu zeigen, daß wir nicht notwendig haben, hier auf dieses Werk im einzelnen einzugehen. Es genügt hier, zwei Namen niederzuschreiben, die jeder für sich Wände reden von der im unerschütterlichen Marxismus wohnenden Kraft: **Turksib** und **Gigant**. Es ist das jene Kraft, die der bürgerliche — nach der Sowjetunion berufene — Städtebauer Dr. Mah als Antwort auf die Frage gab, was ihn heranzog, Deutschland zu verlassen, und die folgendermaßen lautet:

„In Rußland fand ich im Volke schwingend das, was ich als Voraussetzuna jeder fruchtbringenden Arbeit bezeichne, jene innere Ergriffenheit von der Aufgabe, die bereit ist, Opfer zu bringen für ein hohes Ziel.“



Produktion bereits seine Schatten voraus. Schon arbeiten bereits in allen Industriezweigen zehn-tausend: von französischen Arbeitern verstärkt, und es ist nur noch eine Frage von kurzer Zeit, da wird auch im Siegerland Frankreich das Gespenst des Hungers den Bankrott des Kapitalismus aufzeigen.

Diesem nicht mehr zu leugnenden Bankrott in der kapitalistischen Welt hat die Sowjetunion entgegen gewirkt, indem sie dem von diesem Bankrott mit Vernichtung bedrohten Proletariat durch die Liquidierung der Erwerbslosigkeit eine Waffe von einer direkt niedererschmetternden Wucht in die Hand gab. Wenn England 2,25 Millionen Erwerbslose verzeichnet, in Deutschland vom 15. September bis 15. Oktober zu der 3-Millionen-Armeer der Hungernden neue Hunderttausend stoben, wenn die Börse in New York neben andauernd sinkenden Aktien fast 7 Millionen Erwerbslose als Gespenst zwischen den Ärsen einhermarschieren sieht, wenn Mussolini die Grenzen öffnet und darbenenden Proleten wieder die Freiheit gibt, sein „Paradies“ zu verlassen, weil bereits annähernd 1 Million hungernde Erwerbslose dort vorhanden sind, wenn in Österreich heute zehnmal mehr Erwerbslose vorhanden sind als vor einem Jahre und somit die Zahl der Erwerbslosen in der kapitalistischen Welt an die 20 Millionen heranzukommen ist, dann müssen die Proleten aller Länder aufstehen, wenn in dieses Verhängen die Millionen in Not und Tod der Ruf von Moskau kommt.

„Für die Monate Oktober, November, Dezember werden 2 350 000 Arbeiter gebraucht.“

Deshalb ist es kein Zufall, daß die dreizehn Jahre währende Offensive der Bourgeoisie gegen das Volkert der „Neuen Welt“, der Welt der Arbeiterklasse, in diesem Jahre einen direkt zweifelhaften Charakter angenommen hat. Nachdem der allzusehr nach Petroleum stürzende, vom Papst geführte „Heilige Krieg“ sehr unheilig zusammengebrochen ist, soll die Sowjetunion jetzt als sogenannter Dumping-Konkurrent (als Schleuderpreis-Konkurrent) die Weltwirtschaft bedrohen. An Stelle der Kirche soll jetzt das Halenetz die kapitalistische Produktion vor dem Völkerverfall retten.

Über nicht nur die Geldsäcke wissen, daß mit jedem Tage der Bau der „Neuen Welt“ unabwehrlicher wird, ebenso gut wissen das ihre sozialfaschistischen Kataren, die der Arbeiterklasse einreden, daß der morsche Kapitalismus nicht zerstört, sondern durch Arbeit und Hunger wieder gesund gemacht werden muß. Deshalb sind es diese Kataren, die dem Geldsak bei der Fluchtung der faschistischen Knüttelgarden nicht nur den Weg frei machen, sondern darüber hinaus auch die sozialdemokratischen Arbeitersturmkreuz machen wollen zum Sturze der Sowjetunion. Bei 18. Oktober, wo im Reichstag durch die SPD. die halbfaschistische Brüning-Regierung gerettet wurde, und der Dolchhieb im Kampf der 130 000 Metallarbeiter in Berlin sind die letzten herbeden Zeugnisse auf dem Wege, dem Faschismus freie Hand zu schaffen, zur Niederhockung der Arbeiterklasse, um sie dann als Kannonenfutter gegen das Volkert der Weltrevolution gegen die Sowjetunion gebrauchen zu können.

Unser Geldsak am heutigen Tage muß daher sein, mehr noch als bisher das verbrecherische Treiben aller Unabkömmlichen vor der gesamten Arbeiterklasse zu entlarven und ihr zu zeigen, daß das Erhalten der Sowjetunion das einzige Unterpfand für den Endsieg des Weltproletariats über alle seine Feinde besteht.

Freiwillige Arbeit am 7. und 8. November als Siegesfeier

Was ist diese Ergriffenheit, die einen Bürgerlichen lockt, im Lande der Arbeiter Städte zu bauen? Nicht etwa Gefühle, irgendwie an Sentimentalität mahnend, nein, es ist die festgefahrene Gewißheit, daß jeder Handschlag, den unsere russischen Brüder vollziehen, dem Bau und der Ausgestaltung nicht nur ihres eigenen Landes gilt, sondern ein Handschlag, an dem Bau der Welt aller Ausgebüteten und Entrechteten. Daß diese Ergriffenheit so absolut nichts mit Gefühlswüstelei zu tun hat, sondern Ausdruck triumphierender Kraftbewußtseins darstellt, kann es dafür einen besseren Beweis geben als die schlichte einfache Tatsache, daß das allunionistische Komitee der Bergarbeiter für den 7. und 8. November rote Tage

angeseht hat, an denen zur beschleunigten Mechanisierung der Kohlenförderung freiwillige Arbeit geleistet wird. Die Metallarbeiter von Charlow haben zu demselben Zwecke den gleichen Beschluß gefaßt. So feiern unsere russischen Brüder durch Arbeit die Wiederkehr ihres siegreichen Oktobers, und stellen neben ihre gigantischen Baumerke, die sie bereits im Zeichen des Fünf-Jahre-Plans vollendet, sich selber hin als leuchtendes Beispiel dafür, wozu ein Volk fähig ist, wenn es um keines Fingers Breite die Bahn verläßt, welche ihm jene vorgezeichnet, die es gelehrt, die kapitalistische Welt in zehn Tagen zu erschüttern.

Sieben Millionen Erwerbslose im Dollarland — Mangel an Arbeitern in der Sowjetunion

Neben den zwei Worten **Turksib** und **Gigant**, die von jener aufbauenden Kraft zeugen, die der Leninismus-Markismus im russischen Proletariat erzeugt und fortgesetzt noch steigert, gibt es noch eins, das wie ein feuriges Fanal hineinleuchtet in das Dunkel, unter welchem die Millionen Ausgebüteten in der kapitalistischen Welt schmachten, und das ist die Tatsache, daß die Sowjetunion das einzige Land ist, welches durch die völlige Liquidierung der Erwerbslosigkeit den endgültigen Sieg her von

der Arbeiterklasse beherrschten Produktion so unabwehrbar wie nie zuvor manifestiert. Vorbei ist die Zeit, wo das Land der Milliarden, Dollarland, als Hoffnung für den Wiederaufbau auch im kapitalistischen Europa angepriesen werden konnte. Ausgeträumt ist auch die Hoffnung auf Mussolintin, das vor einem Hungervinter steht, wie ihn Italien noch nicht gekannt. Und selbst im Lande Poincarés, in Frankreich, wirft der Bankrott der kapitalistischen

Die Massenmorde der Grubenkapitalisten vor dem Preussischen Landtag

Wichtige Anklagereden der Kommunisten — Sie weisen nach, daß die Profitgier der Grubenbarone ausschließlich schuld daran ist

Der „Schwarze Tod“ von Dausdorf, Alsdorf und Rathbach war vorgetrieben seine Schatten in die Räume des einstigen Dreiklassenparlamentes, jenes Parlamentes, wo Junter und Pfaffen die Arute schlangen. Zunächst war es Genosse Sobotta, der als Ankläger gegen die „Lichtendenskluder von der Grube „Anna“ auftrat und für die dort gemordeten 205 Krumpels Rechenschaft forderte. Wir bringen die Rede von Genossen Sobotta an anderer Stelle, und lassen nachstehend die Abrechnung des Genossen Bollweber wegen des Dausdorfer Massenmordes folgen.

Genosse Bollweber führte aus: Der Vertreter der Deutschnationalen hat, wie sich das von selbst versteht, die Grubenkapitalisten verteidigt. Die Bergarbeiter in Neurode aber sind ebenso wie ihre Kameraden an den anderen Unglücksgruben ganz anderer Meinung. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

In einer Entschliessung, die am Tage nach dem Unglück in einer großen Versammlung in Dausdorf angenommen wurde, heißt es: „Nicht ein unheimliches Naturereignis hat auf der Benzelslausgrube mehr als 150 Bergarbeiter in den Tod gerufen, sondern die maßlose Profitgier des Unternehmertums, des in seiner Gewinnlust die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen nicht beachtenden Grubenkapitals.“

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Das ist der Beschluß der Bergarbeiter der Unglücksgrube am Tage nach dem Unglück, und Sie werden zugeben müssen, daß die Bergarbeiter dieser Grube über ihre Betriebsverhältnisse besser informiert sind als Sie. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Sie haben in derselben Versammlung an die Spitze der von ihnen gefassten Entschliessung folgende Worte gestellt: „Die versammelten Bergarbeiter und Frauen klagen das profitgierige Grubenkapital des Massenmordes an mehr als 150 Bergarbeitern an.“

Die Arbeiter des Kurt-Schachtes sind also der Auffassung, daß an dem Grubenunglück das Grubenkapital schuld ist, daß es sich nicht um irgendeine Naturkatastrophe handelt, sondern um organisierten Massenmord an den Bergarbeitern des Schachtes. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Ich sage das hier mit aller Deutlichkeit, weil wir gesehen haben, daß kurz nach dem Unglück nicht nur die Rettungskolonnen unter Tage arbeiteten, die Rettungskolonnen zur Rettung der Bergarbeiter, sondern daß über Tage die Rettungskolonnen des Grubenkapitals in Tätigkeit traten, die sich bemühten, das Blidfeld zu verdunkeln, die die Schuldfrage vertuschen wollten, und die Dinge so darstellten, als handelte es sich um ein unabwendbares Naturereignis. Nein, es handelt sich hier um ganz andere Dinge. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Die Nationalisierung ist es, die daran schuld ist, sie ist ein wesentlicher Bestandteil der fortwährenden Kapitalkämpfe gegen das Proletariat geworden. Sie trägt demnach allein die Schuld an allen Katastrophen. Im Waldenburger Bergbau — dazu gehört auch das Bechengebiet von Neurode, in dem der Kurt-Schacht liegt —

sind in den letzten zehn Jahren fast 50 Prozent der Belegkapitalen abgebaut worden. (Hört, hört! bei den Komm.) In der gleichen Zeit ist die Kopfleistung des einzelnen Arbeiters gesteigert worden. Es ist ganz klar, daß bei einer so schamlosen Antreiberei in den Gruben die unbedingt notwendigen Grubensicherheitsmaßnahmen außer acht gelassen werden.

Nicht nur wir sind der Auffassung, daß die Maßnahmen für die Grubensicherheit durch die Alfordbehörde vernachlässigt werden. Ich habe hier einen Ausschnitt aus der sozialdemokratischen Presse, lautet „Bollweber“, in der es heißt:

„Dieses Streben nach Profit, die selbstverständliche Bedingtheit der kapitalistischen Betriebsführung mündet in Kampf und im Streit an der Profitgier, in der Tatsache des Klassenkampfes, mündet in das Antreibesystem, über das schon in dem Prozeß, den der Kohlenfürausrat von 1927 im Geleite hatte, von dem als Zeugen vernommenen Betriebsführer manches für die Betriebsführer recht Bedenkliche gesagt werden mußte. Die „unproduktiven“ Arbeiter wurden schon damals eingeschränkt. Schon damals wurde bekämpft, daß die Gehltag in Bedingearbeit die Arbeiter nicht immer zu der Beachtung der Sicherheitsmaßnahmen kommen läßt, die erforderlich sind.“ (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Also hier wird auch von der sozialdemokratischen Zeitung festgestellt, daß die eigentlich tieferen Ursachen dieses Grubenunglücks in dem Antreibesystem zu suchen sind.

Wenn man bedenkt, für welchen Lohn die Arbeiter in der Benzelslausgrube arbeiten mußten, kann man begreifen, daß die Arbeiter dort unten im Schacht, um bloß ein paar Pfennige zu verdienen, kühnlich ihr eigenes Leben in Gefahr gebracht haben und bringen mußten. Wie steht der Lohn der Arbeiter in diesem Gebiet aus?

Der Gauer Schmidt, der unter den Toten ist, hatte in den letzten Monaten einen Bruttolohn für 22 Schichten von 136,18 Mark. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Hieraus gingen ab für Miete 20,59 Mark, für die Unterhaltungsabgabe 0,90 Mark, für die Anwartschaft 20,65 Mark. Es blieb ihm ein Monatsnettolohn von 93,99 Mark. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Das sind pro Tag 3,13 Mark. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Dieser Gauer Schmidt, der heute unter den Toten ist, der 3,13 Mark Tageslohn hatte, hat sechs Kinder unter 18 Jahren, die er ernähren muß (Hört, hört! bei den Kommunisten), d. h. in dieser Bergarbeiterfamilie können für die Ernährung der Familienangehörigen

pro Tag 39 Pfennige ausgegeben werden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Und nicht nur dieses Antreibesystem, diese Alfordbehörde hat Ursachen von Unglücksfällen an den Gruben, sondern auch eine Reihe anderer Dinge führen direkt zu Katastrophen. So auch hier auf dieser Grube. Die Benzelslausgrube ist bekannt als eine Grube mit einer außerordentlich hohen Kohlenfäuregefahr. In dieser Hinsicht ist es interessant, wie ein Herr Dr. Tübber, der Bergrat und Professor an der Technischen Hochschule in Berlin ist, nach einem Artikel die Dinge beim Wöbau in solchen Gruben wie der Benzelslausgrube sieht. Es heißt in jenem Aufsatz:

„Infolgedessen muß man im niederschleifigen Kohlenbergbau weitgehende Vorsichtsmaßnahmen anwenden. Zunächst einmal hat vor Ort, d. h. also an der Arbeitsstelle, unmittelbar kein Schling mit einer Keilhaue oder einem anderen Instrument zu erfolgen. Man muß hierzu keine Strohseile angewandt werden, sondern die

Bohrlöcher für die Sprengladungen müssen mit Drehbohrern hergestellt werden.“

Das heißt also: in dieser Grube mit starker Kohlenfäuregefahr war es verboten, mit der Keilhaue zu arbeiten. Es ist aber nicht nur festgestellt worden, daß mit der Keilhaue gearbeitet worden ist, sondern in der 17. Abteilung auf dieser Grube ist zum Wöbau der Kohle eine Schrämmaschine verwendet worden, die in einer solchen Grube viel gefährlicher sein muß als das Arbeiten mit der Keilhaue. In solchen Gruben soll die Kohle durch das Verfahren des Erschütterungsschießens gewonnen werden, und der Ministerialrat Kötter sagt darüber folgendes:

„Wir haben mit dem Verfahren des Erschütterungsschießens fünf Jahre lang in den niederschleifigen Bergwerken ohne Todesfälle arbeiten können, obgleich in diesen fünf Jahren fast 100 Kohlenfäureexplosionen erfolgt sind.“

Hier wird also festgestellt, daß 100 Kohlenfäureexplosionen erfolgen konnten, ohne daß dabei ein Bergarbeiter bei dem Verfahren des Erschütterungsschießens zu Tode kam. Dann entnehme ich weiter aus den Ausführungen des Ministerialrats Kötter folgendes:

„Im Jahre 1928 wurde auf der Benzelslausgrube das Erschütterungsschießen eingeführt und die Schrämmaschine versuchsweise eingeführt. Nach kurzer Verwendung der Schrämmaschine gab es ein Unglück und acht Bergarbeiter wurden getötet. Nach unseren Untersuchungen der Ursachen dieses Unglücks wurde die Schrämmaschine als Ursache festgestellt und darum aus der Grube entfernt. Es wurde wieder zum ursprünglichen Verfahren, zum Erschütterungsschießen, zurückgekehrt.“

Was heißt das also? Die Kohle wurde durch das Verfahren des Erschütterungsschießens gewonnen, 100 Kohlenfäureexplosionen ohne einen einzigen Toten, dann versuchsweise Wöbauverfahren mit Hilfe der Schrämmaschine, das Resultat sind in ganz kurzer Zeit acht Tote auf der Benzelslausgrube. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Im Jahre 1928 wird nach den Angaben des Ministerialrates Kötter die Schrämmaschine wieder zurückgezogen, aber im Jahre 1930 wird trotz der Erfahrungen, die man mit diesem Verfahren gemacht hat, festgestellt, daß man wiederum mit einer Schrämmaschine in der 17. und 18. Abteilung der Benzelslausgrube gearbeitet hat. (Hört, hört!

Hast du schon

alle Vorbereitungen zur Pressewerbung im Betriebe auf der Straße im Häuserblock am kommenden Sonntag getroffen?

bei den Kommunisten.) Das ist eine Tatsache, die sich gar nicht verbergen läßt. Die Schrämmaschine wurde unmittelbar vor dem Unglück, unter dem Druck der Arbeiterpartei, die die Gefahren eines solchen Wöbaus erkannt hatte, aus der 18. Abteilung zurückgezogen; aber in der 17. Abteilung, wo die Kohlenfäuregefahr mindestens ebenso groß ist, wurde weiter mit der Schrämmaschine gearbeitet. Natürlich ist in der Benzelslausgrube auch geschossen worden, und zwar an den Stellen, wo man mit der Schrämmaschine nicht arbeiten konnte.

Als wir Kommunisten dort auf der Unglücksstelle waren, haben wir nicht die Methoden der bürgerlichen Pressevertreter und der anderen Parteivertreter angewandt, d. h. wir haben uns zur Erforschung der Unglücksursachen nicht an die Grubenerwaltung gewandt. Wir haben zwar auch Informationen von ihr bezogen; aber als Grundlage haben wir die Aussagen der Bergarbeiter selbst genommen (Sehr wahr! bei den Kommunisten), und als Arbeiterpartei sind wir selbstverständlich verpflichtet, sofort die engste Verbindung mit der Arbeiterpartei herzustellen, um dort wirklich feststellen zu können, was nun die Ursache ist. Die Bergarbeiter dieser Unglücksgrube, die uns dort Angaben gemacht haben — und sie werden vielleicht noch Gelegenheit haben, diese Angaben vor einem Untersuchungsausschuß des Landtages zu bekräftigen, wenn der Landtag es nicht vorzieht, zur Verdunkelung des ganzen Tatbestandes die Einsetzung des Ausschusses abzulehnen, das werden wir ja sehen —, haben uns das dort herrschende maßlose Antreibesystem geschildert. Sicherheitsarbeiten dürfen nicht gemacht werden, weil das den Profit schmälert, das sind die „unproduktiven“ Arbeiter, auf die von der „Bollweber“ hingewiesen wurde.

Nachdem aber das Unglück eingetreten war, hatte die Grubenerwaltung der Benzelslausgrube zuerst keine andere Sorge als die: wie kann man die Deffentlichkeit beschwichtigen? (Sehr richtig! bei den Komm.) Ich stelle die Behauptung auf: die Verwal-

tung der Benzelslausgrube hat bis des Nachts um 1 Uhr den Umfang der Katastrophe gekannt, hat genau gewußt und hat es sogar einen bestimmten Stelle mitgeteilt, daß die noch im Schacht befindlichen Bergarbeiter verloren sind. Zur selben Zeit und Stunden später hat man noch an die Presse falsche Mitteilungen ergoßen lassen, um den Umfang der Katastrophe geringer erscheinen zu lassen. Das ist genau dieselbe Methode, die man auch jetzt wieder in Alsdorf angewendet hat. (Sehr richtig! bei den Komm.) Über nachdem die Katastrophe gemeldet war, was tritt dort ein? Der Gauer Franke meldet nachmittags 4 Uhr zuerst dem Betriebsführer der Kohlenfäureausbruch, er berichtet, daß sich die Belegschaft unten in der höchsten Lebensgefahr befindet. Was tut der Betriebsführer? Er erwidert: „Ach was, da müssen wir erst selber einmal Feststellungen machen, ob es überhaupt zutrifft, daß unten ein solcher Kohlenfäureausbruch stattgefunden hat und die Belegschaft in Gefahr ist.“ (Hört, hört! bei den Komm.) Denn es hätte ja vielleicht den Profit ein klein wenig geschmälert, wenn man hier einer Falschmeldung zum Opfer gefallen wäre.

Man hat also, als die Katastrophe feststand, nicht das getan, was Pflicht gewesen wäre, man hat die Grubenmannschaften der anderen Gruben nicht durch die Sirenen herbeigeworfen, sondern hat zuerst Kuriere geschickt und hat so das sogenannte Rettungswort bekommen. Als dann die erste Rettungskolonne eingesetzt wird, da kommt sie mit dem Berginspektor Kottorf zukommen, der bereits gesehen hat, was los ist, und der jagte zu den ersten Rettungsmännern:

„Ihr blöden Hunde, was wollt ihr dort noch reiten?“ Daran kann man erkennen, welche Einstellung bei einigen Leuten, die zwar nicht Kapitalisten sind, die aber die Rechte dieses Kapitals geworden sind, herrscht. Wer nicht nur, daß die Rettungsmannschaften zu spät eintrafen, auch noch etwas anderes war festzustellen: Als die Schwerverletzten aus der Grube geborgen waren — Menschen, von denen nachher noch einige gestorben sind, weil sie so schwer bedrückt waren,

da wurden diese schwerverletzten Bergarbeiter auf einen ungefederten Lastwagen gepackt und sieben Kilometer weit transportiert.

Die bürgerliche und auch die SPD-Presse hat in der Darstellung des Unglücks eine charakteristische Wankung durchgemacht. Zuerst einige Beileidsphrasen, und nachher wurde man immer mehr zu Verteidigern des Grubenkapitals. Am Tage nach dem Unglück stand zum Beispiel für die SPD-Presse fest, daß die Grubenkatastrophe auf das Antreibesystem in der Grube zurückzuführen ist. Ich habe hier zwei Telegramme. In dem einen Telegramm von der SPD, Bezirk Mittelschlesien, an den Bergbauindustrialarbeiterverband von Waldenburg, wird gesagt: „Kapitalistisches Wirtschaftssystem hat neues schreckliches Verbrechen auf sein Konto geladen.“ In dem anderen Telegramm der SPD, von Niederschlesien — das ist sogar von einem Mitglied dieses Hauses, nämlich von Herrn Herle, unterschrieben —, heißt: „Den auf dem Schlachtfeld der Arbeit als Opfer des kapitalistischen Systems gefallenen Klassengenossen und Angehörigen sprechen wir tiefstes Beileid aus.“ (Hört, hört! bei den Komm.) Also am Tage nach dem Grubenunglück behauptet die SPD, daselbe, was wir sagen. Als wir uns aber nicht auf einige Nebensachen beschränken, sondern Tatsachen sammeln, das Grubenkapital anklagen, da tritt die SPD, mit als Rettungskolonnen für das Grubenkapital auf. Da kommt zum Beispiel Herr Pufmann vom Reichstag und sagt, gegenüber den kommunistischen Angriffen:

„Wir brauchen die Kohle, die Kohle muß aus der Erde herausgeholt werden, und dabei wird es immer Tote geben.“ (Hört, hört! bei den Komm.)

Auf einen Zettel von Sozialdemokraten fährt Genosse Bollweber fort: Es handelt sich doch nicht darum, daß hier irgendein Naturereignis eingetreten ist, sondern Ihre eigenen Parteigenossen jagen: „Ein großes Verbrechen hat man auf sich geladen.“ Wie wollen Sie denn nun, wenn Sie einerseits sagen: ein großes Verbrechen — andererseits hier zum Ausbruch bringen: nun ja, Tote wird es immer geben, das kann man eigentlich nichts ändern! Meine Herren Sozialdemokraten! Ihr kommunistischer Landrat in Neurode hat sich glänzend als ein Anwalt des Grubenkapitals bewährt. Er ist höchstpersönlich zu den Gasthausbesitzern gegangen und hat ihnen gesagt:

„Gebt den Kommunisten um Gottes willen kein Lokal für Versammlungen.“ (Hört, hört! bei den Komm.)

Denn in diesen Versammlungen wurde das Grubenkapital angeklagt, und diese Tatsache auf Grund der Berichte der Bergarbeiter der Bevölkerung unterbreitet. Der SPD-Landrat läuft umher: Bloß keine Versammlungen! Treibt höchstpersönlich die Säle ab (Hört, hört! bei den Komm.) und läßt sogar einen Redner, der am Grabe bei der Beerdigung sprach, verhaften (Hört, hört! bei den Komm.), obwohl die offizielle Veranstaltung dort bereits zu Ende war. Und die SPD, kann ja noch auf einen anderen sehr stolzen Dargestellten Lohnräuber, der brutale Ausbeutertrecht auf der Benzelslausgrube (Fortsetzung auf der ersten Beilage)

Sprengtafeln auf Anna II gefunden

Die Beweise für das Verbrechen der Bechenherren

Unser Tagesblatt, die Kölner „Sozialistische Republik“, veröffentlicht am 5. November die Photographie einer Anzahl explodierter Sprengtafeln, die von Arbeitern unter den Trümmern des Bechengebäudes auf Anna II gefunden wurden. Als die ersten explodierten Sprengtafeln entdeckt waren, schrieb die bürgerliche und sozialistische Presse, daß es sich um leere Urnapfen handelte, die zu Lehrzwecken in einem Zimmer des Bechengebäudes aufbewahrt worden seien. Dieser Schwachsinn ist nun schlagend widerlegt. Die Beweiskräfte, die sich im Besitz der „Sozialistischen Republik“ befinden, zeigen die typischen Merkmale explodierter Sprengtafeln. Diese Beweiskräfte werden von den Behörden als so peinlich empfunden, daß der Staatsanwalt bereits Kriminalpolizei in die Räume der „Sozialistischen Republik“ entsandt hat, um die Sprengtafeln zu beschlagnahmen. Die Redaktion denkt aber nicht

darin, die Beweiskräfte den Krims auszuliefern, sie werden bei der Untersuchung weiter ihre Rolle spielen.

Der Beweis für das doppelte Verbrechen der Direktion des Schneider Bergwerksvereins ist geliefert. Die Direktion verschobete nicht nur die Ansammlung von Schlagwörtern unter Tage, und damit die Schlagwörterexplosion, sie ist auch verantwortlich dafür, daß unmittelbar am Fördertrum Sprengstoff gelagert wurde, was zur Explosion über Tage führte, die das Verwaltungsgebäude zerstörte.

Die Kommunisten, die allein für die Sicherheit der Bergwerke kämpften, werden nicht locker lassen. Um das Leben der Hunderttausende von Bergarbeitern zu schützen, werden die Kommunisten die Wahrheit über das Verbrechen von Alsdorf der gesamten arbeitenden Bevölkerung zur Kenntnis bringen. Wir klagen um! In's Besondere mit den Schuldigen!

Schluss der Rede des Genossen Wollweber:

Grabe ist der Direktor Gärtner. Der Direktor Gärtner ist aus der Schule der SPD gekommen. (Lachen bei den Soz.) Der Direktor Gärtner war jahrelang Mitglied der SPD, und hier zeigt sich, was für Vertreter diese Partei in ihren Reihen hat. (Zurufe bei den Soz.) Wie die Grubenverwaltung aussieht, die man hier in Schutz genommen hat, davon zeugt folgendes: Eine Frau, deren Mann in der Grube lag, und die eine Unterstützung braucht, um die Kinder zu ernähren, die die Woche vorher für drei Schichten durch ihren Mann ein Einkommen von 18 Mark hatte, geht am zweiten Tage des Unglücks zur Grubenverwaltung, in Begleitung des Gewerkschaftsleiters, um eine Unterstützung zur Bestattung der toten Kinder zu bekommen. Die Grubenverwaltung lehnt das ab mit der Erklärung:

Wie wissen noch gar nicht, ob Ihr Mann noch etwas an Lohn zu bekommen hat! (Hört, hört! bei den Komm.) Wer gleichzeitig macht sie einen Anschlag, aus dem man die Einstellung dieser Gesellschaft erkennen kann. Dort werden die Arbeiter nicht nur unter Lebensgefahr in die Grube geschickt, sondern müssen noch nachher die Gräber für ihre toten Kameraden schaufeln. Die erste offizielle Bekanntmachung der Grubenverwaltung auf dem Beethovenhof heißt folgendermaßen:

„Zwecks Aushebung der Gräber werden für morgen folgende Leute bestimmt“ (es folgt dann eine Reihe von Namen), und die Bekanntmachung enthält dann noch folgendes: „Vorliegend angeführte Leute haben sich eine Viertelstunde vor der angeführten Zeit am Kurtschacht einzufinden, wo das nötige Gezüge (Gerät) abzuholen ist.“

Das ist ungefähr wie nach dem Kommando: Jetzt antreten zum Gräberaufbau, damit wir die die anderen beerdigen können, die Opfer dieses menschenmordenden Kapitals geworden sind. Es wird ein Schlaglicht auf die wirkliche Einstellung der Vertreter der anderen Parteien zu solchen Grubenkatastrophen, wenn man ihre Beiseitbesserungen mit ihrem wirklichen Verhalten vergleicht. Hier tritt ja nicht nur Herr Straube als Vertreter des Grubenkapitals auf, da sitzt bei den Deutschnationalen nicht nur Herr von Waldhausen, sondern in der Reichstagsfraktion sah damals noch Dr. Leopold. Derselbe Mensch, der am Freitag im Reichstag eine heuchlerische Rede anlässlich für die verunglückten Bergarbeiter hält, stellt am nächsten Tage, als die verunglückten Bergarbeiter noch nicht unter der Erde sind, im Sozialpolitischen Ausschuss den Antrag,

zunehmend auch die Knappschaftsversicherung der Bergarbeiter zu verschlechtern.

Und auch zwischen den Sozialdemokraten und dem Zentrum ist es zu einem Streit gekommen. Als nämlich einige hunderttausend Mark durch die sogenannte bürgerliche Wohltätigkeit gesammelt waren, entsand bei den guten Leuten in Neurode ein Streit, was man mit dem Gelde anfangen solle. Der SPD-Landrat schlug vor, dafür eine Kreiswasserleitung zu bauen. Wir sind nicht gegen den Bau der Wasserleitung, wir sind dafür; wir sind aber dagegen, daß derartige Mittel dazu verwendet werden. Das Zentrum hatte auch einen Vorschlag, nämlich einen Teil des Sammelgeldes zu verwenden zum Bau eines Denkmals für die heilige Barbara. Wir verlangen dagegen, daß ein von Arbeitern eingesetzter Ausschuss die Verwendung der Gelder nachprüft.

Die Frage ist nun: Welche Maßnahmen sind notwendig, um in Zukunft solche Grubenkatastrophen zu verhindern? Die Arbeiter der Wenzelsgrube machen dafür jetzt eine Reihe von Vorschlägen. Sie fordern in einer Entschliessung:

Abkündigung jeder Artford- und Gedingearbeit, Entlohnung zu einem tariflichen Zeilohn, der den Bergarbeitern ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht, sechsstündige Arbeitszeit unter Tage bei vollem Lohnausgleich, Erhöhung der Grubensicherheit durch Anstellung von Grubenkontrolloren, die von den Arbeitern selbst zu wählen sind und die durch die Verwaltung und dergleichen unabhängig sind. Sie fordern weiter die Verschärfung der bergpolizeilichen Vorschriften, und sie haben schließlich in ihrer Versammlung die sofortige Verhaftung der schuldigen Direktoren gefordert. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Über die Bergarbeiter in Niedersdorf, Hunzendorf und Neurode haben auch schon eingesehen, daß man nicht allein damit etwas erreichen kann, wenn man Forderungen aufstellt, sondern sie sagen auch in ihrer Entschliessung:

„Die Bergarbeiter sind sich darüber klar, daß die obigen Mindestforderungen nur in schärfstem Kampfe gegen das Grubenkapital und den kapitalistischen Staat durchgesetzt werden können.“

In der Entschliessung, die die Bergarbeiter am Tage nach dem Grubenunglück angenommen haben, haben sie das Grubenkapital, die Bergbehörde, die bürgerlichen Parteien und die SPD. angeklagt. Das Grubenkapital wegen der mörderischen Ausbeutung, die Bergbehörde wegen der sträflichen Vernachlässigung der Kontrolle, die SPD. und die bürgerlichen Parteien, weil diese Parteien bisher im Landtage die Annahme unserer Anträge auf Erhöhung der Grubensicherheit verhindert haben. Sie haben das verhindert und sind mitschuldig. Es ist also vollkommen richtig, wenn die Wenzelsgrubenarbeiter feststellen: Aber nicht nur das Grubenkapital ist schuld an dem Massenmord, sondern auch die Parteien, die im Preussischen Landtag die kommunistischen Anträge auf Erhöhung der Grubensicherheit ablehnten.

Schließlich werden die Bergarbeiter nicht nur um ihre Teilforderung zu kämpfen haben — bei diesem Kampf haben sie die volle Unterstützung der kommunistischen Partei —, sondern es kommt darauf an, die Grundursachen zu beseitigen, d. h. das kapitalistische Ausbeutersystem zu beseitigen. Die Bergarbeiter werden verstehen, daß die schwarzen Fahnen des Todes, die an den Förderbändern jedesmal aufgezogen werden, wenn ein neues Grubenunglück ist, erst verschwinden werden, wenn die roten Bataillone der Arbeiterklasse marschieren und diese Gesellschaftsordnung zerschlagen, deren Wirtschaftssystem schließlich auch zu solchen Katastrophen führt. Wir Kommunisten werden uns durch die Nebenarten eines Herrn Straube nicht einschüchtern lassen, der sagt: Es kann nicht mehr so weiter gehen, daß die Kommunisten bei solchen Katastrophen die Bevölkerung ausputzen. Wir werden nach wie vor bei jeder Gelegenheit zu den Bergarbeitern und den anderen Arbeitern sprechen, werden den Grubenkapitalisten die Maske vom Gesicht reißen, werden dieses Ausbeutersystem in seiner brutalen Fährte zeigen, werden zeigen, daß dieses System menschenmordend wirkt, und auch wenn noch andere Katastrophen eintreten sollten, die wir durch den Kampf um die Teilforderungen zu verhindern versuchen, werden wir wieder vor die Arbeiter treten und die Ursache feststellen. Wenn sich bei dieser Feststellung ergibt, das Kapital hat gemordet, dann werden wir das sagen, und wenn die anderen noch so sehr schreien. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Der Rote Verband /

Von Franz Dahlem

Die Berliner Metallarbeiter gingen unter Führung der RGO. in den Streik gegen die Unternehmer und ihre Regierung, die drohten, ihnen einen achtprozentigen Lohnabbau aufzuzwingen. Ihr Angriffsgewalt in den Betrieben war so stark, daß die berufsständigen Agenten des Kapitals, die reformistischen Gewerkschaftsführer, es für zweckmäßig hielten, um nicht jeden Einfluß zu verlieren, ebenfalls den Streik zu erklären. Die RGO. sagte den Metallarbeitern von der ersten Minute an voraus, daß die Ulrich und Konforten den Streik nur deshalb „sanktionierten“, um Zeit zu gewinnen, um dann in engster, Kuchhandelsart mit Regierung und Unternehmertum durch Streibuch zu brechen. Was die RGO. voraus sagte, ist eingetroffen.

Die Kraft der RGO. reichte diesmal noch nicht aus, um den konzentrierten Streikbruch unwirksam zu machen und die Geschlossenheit der gesamten Streikfront auszuhebeln.

Die Metallarbeiter Berlins haben Beschlüsse gefaßt, wie die nächsten, unmittelbar vor der Tür stehenden Kämpfe gegen den beschäftigten Lohnraub besser und erfolgreicher zu organisieren sind. Denn sie sind nicht als Beschäftigte in die Betriebe zurückgekehrt, sondern mit aufeinandergebißenen Zähnen, mit dem festen Willen, sich nicht kampflös die Löhne abbauen zu lassen, sondern sofort, unmittelbar mit der Rüstung zu neuem Kampf zu beginnen. Sie wissen, sie werden das nächste Mal selber an Erfahrungen und besser bewaffnet in den Streik treten.

Sechs Jahre lang hatte das Gros der Berliner Metallarbeiter nicht mehr gekämpft. Die vierzehn Tage Streik haben aber eine solche Fülle von Kampferfahrungen gehäuft, daß man mit voller Sicherheit erklären kann, daß Berlins Metallarbeiter heute als der fortgeschrittenste Vortrupp an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung marschiert, daß seine Lehren über die Streikstrategie und -taktik wegweisend und bahnbrechend für die Kampflinie der deutschen Arbeiterklasse sein werden.

Der Kampf der Metallarbeiter im Ruhrgebiet, der Klarsfelder Kampf, Hennigsdorf und der Kohlegrübler hatten der gesamten revolutionären Bewegung gewaltige Lehren vermittelt. Der Berliner Metallarbeiterstreik jedoch hat in einer bisher nicht erreichten Klarheit und Vollständigkeit in der Aktion bewiesen, wie richtig die Beschlüsse des 5. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale für die Wirtschaftskämpfe des Proletariats und für die dabei anzuwendende Strategie und Taktik sind. Wie die von den Delegierten gewählten Betriebsstreikleitungen und die Zentralkomitees die Massen führten, wie sie ihre Arbeit in den verschiedenen Kommissionen einteilten; wie sie die Besetzungen von Tag zu Tag mehr den Einfluß der reformistischen D.M.V.-Bürokratie entzogen; wie sie die einheitliche Kampffront aller Arbeiter herstellten: der Männer, Frauen, Jugendlichen, Lehrlinge, Erwerbslosen; wie sie begannen, sozialdemokratische D.M.V.-Mitglieder für die Front der RGO. zu gewinnen; wie sie die Massenstreikposten, den Streikschub, die Verpflegung, die glänzenden Solidaritätsaktionen usw. organisierten; was man aus den vorhandenen Mängeln außerdem lernen kann — das alles wird in den nächsten Wochen und Monaten in ganz Deutschland unter den zum Kampf rüstenden Arbeitern zur Debatte und zur Nachahmung stehen.

Neben diesen großen Lehren der Streiktaktik hat Berlin jedoch noch ein Großes, Neues gebracht: den ersten Durchbruch zur Schaffung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Der 5. Kongreß der RGO. hatte auf Grund der Analyse der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Deutschland, der raschen Rehabilitierung der Massen und der Notwendigkeit gegenüber dem sich immer mehr zu einer Organisation des Streikbruchs entwickelnden Apparat der „freien“ Gewerkschaften einen revolutionären Kampfapparat zu schaffen, folgenden Beschluß von historischer Bedeutung gefaßt:

„Die RGO.-Anhänger in Deutschland müssen in Anbetracht der immer weiter betriebenen strengen Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht der wachsenden Gegensätze zwischen ihnen

und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent und unverzüglich auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung zwecks besserer und erfolgreicherer Vorbereitung und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats hinarbeiten.“

Schon im Verlauf des Streiks und erst recht im Augenblick des reformistischen Dolchstoßes in den Reihen der Streikfront wurde das Verlangen der kämpfenden Massen nach Umwandlung der RGO. aus ihrer bisherigen losen Organisationsform zu einer festgefügt Kampfgewerkschaft zu einer stürmischen Forderung.

So ist der Rote Metallarbeiterverband entstanden, getragen vom Willen der kämpfenden Metallarbeiter; er ist ihre große Hoffnung; er soll die scharfe Waffe sein gegen das Unternehmertum und der sichere Schild gegen den Dolchstoß von Seiten der sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie und der falschen Streikführerkolonnen. Von Betrieb zu Betrieb gibt es jetzt in Berlin die Betriebssektionen: des roten Verbandes zu schaffen. Wer die Kampfschlossenheit und die Fähigkeit der Berliner Metallproleten kennt, der zweifelt nicht daran, daß ihr roter Verband das Feld beherrschen wird.

Die Delegierten des Bedding haben die Grundzüge des Charakters ihrer neuen Gewerkschaftsorganisation bestimmt: es muß eine Kampfgenossenschaft werden, die einheitlich das gesamte Metallproletariat umfassen soll. Proletarische Demokratie, Selbstbestimmungsrecht und Gleichberechtigung der Mitglieder sollen Leitmotive sein. Im Roten Metallarbeiterverband werden die besten Traditionen der alten Gewerkschaftsbewegung, die von den Reformisten in den Staub getreten wurden, wieder auferstehen. Das Kampfbündnis der im Betriebe arbeitenden und der streikenden Metallkolonnen, wie es während des Streiks so glänzend erneut geschlossen wurde, wird auf engste und für dauernd hergestellt werden.

Der Verband wird als Industrieverband auf der Grundlage der Betriebe aufgebaut. Ein Kampfverband soll es sein, der die Beträge seiner Mitglieder in der Hauptfrage als Streikfonds verwenden wird; ein Verband für alle, der seine Beträge deshalb so festlegt, daß auch die schlechter bezahlten Schichten des Metallproletariats sich in ihm organisieren können.

Die über den Verrat ihrer Führung maßlos erbitterten D.M.V.-Mitglieder, die bereits scharfweisend ihre Organisation verlassen, aus der die Ulrich u. Co. eine Streikzentrale gemacht haben, werden sich den zehntausenden unorganisierten anschließen, die im Kampf erfahren haben, daß sie eine starke Kampfgenossenschaft benötigen. Und die vielen Proleten, die ob des reformistischen Verrats seit Jahren „unorganisiert“ sind, werden jetzt, wo die revolutionäre Gewerkschaft ankam, wieder in die erste Reihe des gewerkschaftlichen Kampfes sich einreihen.

Für die RGO. in Berlin und im Reich ist die Entstehung des Roten Metallarbeiterverbandes von wegweisender Bedeutung. Das Ziel der RGO. ist jetzt für die Massen viel klarer, die Beschlüsse des RGO.-Kongresses gewinnen greifbarere Gestalt. Der Berliner Metallarbeiterstreik hat die gesamte revolutionäre Gewerkschaftsbewegung Deutschlands einen großen Schritt vorwärts gebracht.

Die Reichskonferenz der RGO. am 15. und 16. d. M. wird wichtige Beschlüsse auf Grund der Erfahrungen und Lehren von Berlin fassen. Diese werden hoffentlich in der besseren und energischeren Organisation der Wirtschaftskämpfe, in dem Ausbau der RGO. zu einer strafferen Kampforganisation, in der Beschleunigung des ganzen Tempo unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit. Dann wird auch bald für die anderen Industrien und für die anderen Bezirke des Reiches die Stunde schlagen, wo sie im Feuer des Kampfes mit dem Klassengegner stehen und in diesem Kampfe — denn nur im Kampfe ist das möglich — die roten revolutionären Gewerkschaften schmieden werden, deren das Proletariat bedarf, um erfolgreich zu kämpfen und den Sieg über den Klassenfeind zu erringen.

*) Hauptresolution des 5. RGO.-Kongresses siehe Broschüre „Die RGO. im Angriff“. Führerverlag. Preis 20 Pf.

Bürgerkriegsrüstungen in Oesterreich

Faschisten entwaffnen Arbeiter — Streik gegen militärische Besetzung

Wien, 7. November. Die faschistischen Heimwehren haben am Vorabend der Wahl den offenen Bürgerkrieg eröffnet. Die Waffensuche, die bereits vorgestern begonnen hatte, wurde im Laufe des gestrigen Tages mit einem ungeheuren Aufwand von Militär und Gendarmen fortgesetzt. Unter der Arbeiterklasse herrscht ungeheure Empörung gegen die Faschisten und die SPÖ., die den Faschisten die Waffen der Arbeiter auslieferte. Die Arbeiter im oberösterreichischen Kohlenrevier sind gestern zum Protest gegen die militärische Besetzung dieses Gebietes in den Streik getreten. Unser Bruderblatt, die Wiener „Rote Fahne“, wurde beschlagnahmt, weil sie in einem Aufruf die Arbeiter aufforderte, diesem Beispiel zu folgen und auf die Straße zu gehen. Dergleichen wurde ein Flugblatt an die Schulblinder beschlagnahmt.

Etwa an der Mauer wurde von 400 Mann Militär besetzt. Das Bundesheer hat im Laufe der Nacht die Murrinsel besetzt und drei Feldgeschütze in Aufstellung gebracht. Die Kanonen richten sich gegen die Stadt. Das Militär schloß die Arbeiterviertel der Stadt ein und errichtete Stellungen am Schloßberg. Die Arbeiterviertel von Steyer in Oberösterreich wurden von drei Bataillonen des Bundesheeres und Gendarmen besetzt. Geschütze werden auf einem Hügel in der Nähe der Stadt in Stellung gebracht, getarnt mit Laub und grünen Zweigen. Die Deutsch-österreichische Tageszeitung teilt mit, daß die Auflösung des sozialdemokratischen Schutzbundes unmittelbar bevorsteht.

Arbeiter dem Hunger preisgegeben durch das Hochwasser

Die Firma Moos-Liw-Beer in Sagan ist durch Hochwasserchäden so in Mitleidenschaft gezogen, daß die Arbeiter deshalb verüßert arbeiten müssen. Als diese nun am Arbeiterunterstützung einlangen, wurde ihnen diese glatt verweigert. Der Magistrat selbst hat eine solche Unterstützung nur in den Fällen zugestimmt, in denen die Arbeiter mehr als einen Wochenlohnanspruch haben. Hier zeigt sich bereits, wie recht wir hatten, als wir voraus sagten, daß die Arbeiter und nur sie es sein werden, die durch die Katastrophe in noch größerem Elend geraten werden. Die Arbeiter der obengenannten Firma sitzen schon 14 Tage ohne Verdienst zu Hause, und es ist

ein unerhörter Skandal, daß die Stadtverwaltung es fertig bringt, auf diese Weise die Leute zum Hungern zu zwingen. Es ist höchste Zeit, daß hier Wandel geschaffen wird.

Neuer Rumpelmord

Ahens (Ohio), 6. November. Nach den letzten Meldungen sind bei der Schlagwetterexplosion in der der Sunday-Creek Kohlenbergwerk gehörenden Grube 160 Bergleute ums Leben gekommen. Die Rettungsarbeiten begegnen außerordentlich großen Schwierigkeiten, da die Einsatzstellen vollkommen vergaselt sind. Erst am späten Nachmittag gelang es der Rettungskolonne, mittels der herbeigeschickten Rauch- und Gasmasken einzufahren. Sie mußte jedoch nach kurzer Zeit wieder an die Oberfläche zurückkehren. Kurz darauf erfolgte in der Grube eine neue Explosion, die aus dem Luftschacht Flammengarden emportrieb.

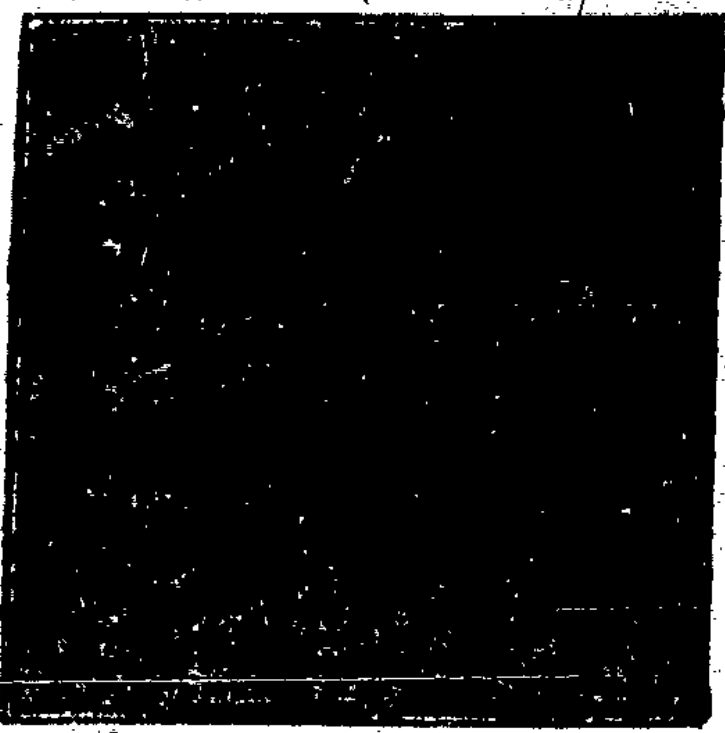
Die Metallarbeiter in Oberschlesien sollen dem Schlichtungsstrib ausgeliefert werden

Gleiwitz, 7. November. Mit dem Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie, Fachgruppe Eisenhütten, und den Metallarbeiterverbänden fanden Verhandlungen über die eingereichten Abänderungsvorschläge zum Manteltarif der ober-schlesischen Eisenhütten statt. Von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes wurden die Vorschläge der Gewerkschaften abgelehnt. Eine Einigung war deshalb nicht zu erzielen. Zur Entscheidung der Streitfragen soll nunmehr der Schlichter angerufen werden.

Gebering für den Geldsack gerettet

Berlin, 6. November. Der Preussische Landtag trat heute um 12 Uhr zusammen. Zunächst wird die gestern unterbrochene Aussprache über die Grubenkatastrophe fortgesetzt. Mit besonderem Interesse sah man der gleichfalls auf der Tagesordnung stehenden Abstimmung über die von den Deutschnationalen und den Kommunisten eingebrachten Misstrauensanträge gegen den Innenminister Gebering entgegen. Sie wurde mit 229 gegen 196 Stimmen abgelehnt.

Zum Aufstand auf Formosa



Eine Gruppe der gegenwärtig gegen die Knechtung durch den japanischen Imperialismus aufständischen atmalalischen Stämme auf der Insel Formosa in ihrer Kriegsausrüstung.

Wieder „Abrüstungs“-Komödie

Genosse Litwinow entlarvt den Schwindler Genf, 6. November. Heute ist in Genf die Vorbereitende Abrüstungskonferenz zusammengetreten.

Der Vorsitzende Laudon, holländischer Gesandter in Paris, wies in seiner Eröffnungsrede selbst darauf hin, daß man keine Hoffnung auf Erreichung des Ideals der Abrüstung haben könnte.

Genosse Litwinow, der Führer der Sowjetdelegation, gab eine längere Erklärung ab, in der er die grundsätzliche Haltung der Sowjetregierung zu den Arbeiten des Bülterbundes über die Abrüstung darlegte. Als der Vorsitzende daraufhin erklärte, es sei unmöglich, jetzt noch die französische Uebersetzung dieser Erklärung vornehmen zu lassen (!) verließen sämtliche Vertreter der Weltpresse protestierend den Saal.

Die „Isweßija“ schrieb zu dieser Konferenz: Die Vorbereitende Abrüstungskommission hat ein Projekt ausgearbeitet, das keinerlei konkrete Hinweise für die Abrüstung, statt dessen aber verschiedene Sonderartikel mit dem Vorbehalt enthält, die Land- und Marinerrüstungen im Kriegsfall oder, wenn ein Aufstand ein Land bedroht und drückt, wenn der Bülterbund die Verstärkung der Rüstungen genehmigt, verstärken zu können. Somit erwähnt die Genfer Konvention nichts über die Abrüstung, sondern sieht vielmehr in ganz bestimmter Weise das Recht zu weiteren Rüstungen vor.

Abgesehen von der Ausarbeitung dieses empörenden Dokuments lehnte die Kommission auch die beiden Projekte der Sowjetunion auf eine „allgemeine und vollständige Abrüstung“ und auf eine „allgemeine Teilabrüstung“ ab. Diese fünfjährige „Tätigkeit“ ist ein Beweis dafür, daß die kapitalistischen Länder nicht abrüsten wollen und die Entscheidung dieser Frage sabotieren. Auch die Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission wird resultatlos verlaufen.

Das Fiasko der französisch-italienischen Verhandlungen und die Hartnäckigkeit, mit der Rom Berlin auf einen Ausgleich der Rüstungen drängt, lassen irgendwelche Kombinationen in der Frage der Landrüstungen als hoffnungslos erscheinen. Was die Rüstungen zur See anbetrifft, so sind weder England noch die Vereinigten Staaten, noch Japan geneigt, die Verhandlungen in Genf wieder aufzunehmen.

Die Genfer Komödie ist endgültig durchgefallen. Jetzt suchen die Regierungen eine geeignete Form, um das skandalöse Ende der Abrüstungskomödie zu verschleiern.

„So steht „Königliche Grade“ aus:

Kein einziger politischer Gefangener amnestiert

Nur neue Massenverhaftungen anlässlich der Hochzeit Boris des Blutigen

Aus Sofia wird uns geschrieben: Anlässlich seiner Hochzeit mit der italienischen Prinzessin Giovanna ließ König Boris, der Blutige, durch alle bürgerlichen Agenturen verbreiten, daß er eine allgemeine Amnestie verkündet habe. Auf der bürgerlichen Presse wurden 1154 Gefangene zur Begnadigung vorgeschlagen, von denen 103 Gefangene auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Staates verurteilt waren. Von diesen politischen Gefangenen ist jedoch kein einziger restlos begnadigt worden. Bei 84 wird die Strafe gekürzt, bei 16 von lebenslänglich auf 15 Jahre. Gleichzeitig werden 431 Kriminelle — Agenten der Regierung, Kollaboranten, Schieber und gemeine Mörder — vollständig begnadigt.

Als Protest gegen die Verhöhnung durch die „Königlichen „Begnadigungen“ traten die politischen Gefangenen des Sofioter Zentralgefängnisses in einen 24stündigen Hungerstreik. Zwecks Vermeidung von „Störungen“ bei den monarchistisch-faschistischen Schauspielen anlässlich der Königshochzeit wurden in Sofia und in der Provinz massenhafte Hausdurchsuchungen, Nachprüfungen der Personalien und Verhaftungen vor-

genommen. Der Vertreter der Arbeiterpartei Genosse A. B. J. J. J. wurde im Sofioter Rathaus von den bürgerlichen Stadträten mißhandelt, weil er gegen das 5-Millionen-Lewa-Geschenk an die Königin Giovanna protestierte, welche Summe zurückbehalten wurde aus den unbezahlten Löhnen der Arbeiter der Elektrizitäts- und Transportwerke. Und wegen des Schusses seiner Rede: Nieder mit dem Monarchismus! Nieder mit dem Faschismus! Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung! wurde gegen ihn ein Prozeß auf Grund des „Gesetzes zum Schutze des Staates“ wegen Beleidigung des Königs angehängt.

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich, „Swobodna Reß“ zufolge, im Parlament, wo beim Verlesen der Thronrede und den Ovationen für den König, seine Hochzeit usw. der Abgeordnete Genosse Nikola Petkow durch Zurufe protestiert hat.

Die Protestwelle der Arbeiter und ihrer Klassenorganisationen gegen die Unzahl von Prozessen und den sich unaufhörlich verhörenden Terror wächst und erweitert sich immer mehr und mehr.

Nieder mit den Rechts- und Linksopportunisten!

Die K.P. der Sowjetunion verurteilt einmütig das Doppelspiel der Rechtsopportunisten

Moskau, 6. November. Einer der aktivsten Vertreter der Bukharin-Schule, Mareski, sowie Galperin und Kurs wurden wegen ihrer parteifeindlichen Fraktionsarbeit und ihres Doppelspiels aus der K.P.S.U. ausgeschlossen.

In der K.P.S.U. zeigt sich gegenwärtig ein offenkundiges Doppelspiel der ausgesprochenen Rechtsopportunisten Kujutin, Slepowa, sowie eine niederträchtige rechts- und linksopportunistische Fraktionstätigkeit seitens der jodchen aus der Partei ausgeschlossenen Kuzinow, Kawraizky usw. Die Linkselemente machen gemeinsame Sache mit den Rechten, um die Generallinie der leninistischen Parteiführung gemeinsam zu bekämpfen.

Während die Arbeiterklasse mit ungeheurer Begeisterung und revolutionärer Entschlossenheit an die Ueberwindung der Schwierigkeiten herangeht, während die Beispiele wahrhaft sozialistischer Arbeitsweise zunehmen, während die Stoßbrigadenbewegung und der sozialistische Wettbewerb sich entwickeln und wachsen, rechnen die rechtsopportunistischen Sektierer statt des nüchternen und hartnäckigen Kampfes für die Durchführung des Industrie- und Finanzplanes auf Erhöhung der Preise der Industrieprodukte (was einer Senkung des Reallohnes gleichkommt). Sie gehen sogar soweit, die Stoßbrigaden und die Kollektivbewegungen als „mechanisch“ zu charakterisieren, sie erheben gegen die Partei die verkehrte Behauptung des Bürokratismus, der mangelnden Leitung usw. Viele ihrer Argumente stimmen mit den Argumenten der Schädlinggruppe Kondratjew überein, die betonen, daß zwischen den Rechtsfraktionen (wohl auch den Linken) und den Linken, die gegenrevolutionäre Kondratjew-Gromann-Gruppe ein charakteristisches ideelles Einverständnis herrsche.

Die Lösungen der Linken Lominadse, Schaklin, Iren und anderer, die die K.P.S.U. seinerzeit verurteilte, werden wiederum in Umlauf gesetzt. Ein weiterer charakteristischer Zug der Blockade ist das deutliche ausgesprochene Doppelspiel, das sowohl von der offenkundigen Rechtsgruppierung (Kujutin) wie auch von Kuzinow, Kawraizky usw. gleichermaßen als Kampfmittel gegen die Partei angewandt wird.

Der Versuch der Opportunisten, der Generallinie der K.P. der Sowjetunion ihr Programm entgegenzusetzen, findet einmütige Ablehnung bei der Partei und bei der Arbeiterklasse. Die Parteioptionen betrachten die Haltung Bukharins, Rykows und Tomskis als stillschweigende Solidarifizierung mit den Opportunisten.

Unter anderem haben bereits Erklärungen gegen die rechten und linken Opportunisten gefaßt: Die vereinigte Produktionskonferenz für die Arbeiterklasse der Werke Krasni Putlowez, Stalin-Hüttenwerke, Karl-Marx-Hüttenwerke, Kuznietz Diesel und Elektrosta, die Bezirksleitung des Mosauer Stadtbezirks Solotnik, die Parteioptionen der Swerdlow-Universität, die Parteizellen des philosophischen und naturwissenschaftlichen Institutes sowie eine Unmenge von Belegschafts- und Massenversammlungen.

Pilsudski wütet weiter

Warschau, 6. November. Die Kreiswahlkommissionen in Polen annullieren auch weiterhin massenhaft die Wahllisten des antisozialistischen Arbeiter- und Bauernbunds. Wahllisten der Arbeiter- und Bauernarbeit sind neuerdings in folgenden Städten annulliert worden: Bialystok, Sambor, Lublin (sowohl die Sejm-Wahllisten als auch die Senatswahllisten), in Tarnow und Graudenz. Die Sejm- und Senatswahllisten der Bauernpartei „Samopomoc“ der ukrainischen Selbst-Einheit und der P.S.-Einheiten in Lublin.

In Kielce hat die Kreiswahlkommission aus der Wahlliste der Arbeiter- und Bauernarbeit die Genossen Paul Kosciak und Joachim Goldwasser unter dem Vorwand gestrichen, daß es keine Beweise dafür gebe, daß die Genannten passives Wahlrecht besitzen.

In Wilna sind die Kandidaten der Arbeiter- und Bauernarbeit: Genosse Burzynski und Dwa gestrichen worden.

Das Kreisgericht von Warschau hat beschlossen, die oppositionelle Gewerkschaft der Glasarbeiter aufzulösen.



(Copyright © 1918 International Workers Order, U.S.A.)

33. Fortsetzung.

Mit wenigen Sprüngen waren sie sich hinter die Mauervorsprünge und schossen nach dem Rathaus hinüber. „Das waren die Grünen!“ sagte Schente. „Reiß der Däbel, wo die nur hergekommen sind.“

Das blieb vorläufig vielen ein Rätsel. So mitten in den fast belebten Ort einzuweichen, dazu gehörte schon Mut und Ortskenntnis. Im Hausflur der Wache klappte ein Loch. Es nahm fast den ganzen Gang ein. Der Fußboden war durch eine geballte Handgranatenladung bis zum Keller durchgerissen.

Ein Genosse hatte die Ruhesten bei Hoffrage alarmiert. Die griffen sofort nach ihren Gewehren und stürzten auf die Straße hinaus.

Zu der Schwandlenschule schrien Frauen. Das waren die Sanitätärinnen, die in dem Milchhäuschen am Kirchberg schwerverwundete Arbeiter pflegten. Bis dorthin war der Stoßtrupp der Grünen vorgebrungen. Sie wollten die belagerten Kollegen befreien und hatten dazu die Straße von Grillendorf nach Stoppenberg benutzt, die schlecht gesichert war.

Die Grünen rissen die Verwundeten hervor, schlugen drauf los und zerrten die Schreienden Frauen mit. Da kamen die Arbeiter heran. Sofort knügelten überall die Gewehre. Im

Schutze der Dunkelheit gelang es den Grünen, zu entkommen. Sie flohen, von Arbeitertruppen verfolgt, über den Weg nach Grillendorf herauf, ohne ihre Mission erledigt zu haben. Oben am Bahnhügel trafen die Verfolger mit einigen erschrockenen Kumpels zusammen. „Warum paßt ihr nicht auf?“ „Woher gepennt, was?“ „Dämels, ihr!“ — „Die Grünen kamen, ohne daß wir's wußten!“ — „Dann habt ihr geschlafen!“ — „Die Bande hat uns überrascht! Am Kreuz liegen die Posten erschlagen!“

Eine Straße weiter hinter dem Rathaus lag ein Kumpel auf der Straße mit einem Kopfschuß. Der war nicht am Kampf beteiligt, er schien auf dem Wege nach der Kolonie gewesen zu sein. Die Grünen hatten ihn abgeknallt. Die Leiche wurde nach der Wache geschleppt. Dann gingen die Arbeiter bis zum Kreuzweg, dort fanden sie die zwei Kumpels mit zertrümmerten Schädeln. Sie waren mit Gewehrkolben erschlagen. Auch diese Leichen wurden auf die Wache gebracht.

Auch vor dem Milchhäuschen lagen zwei Erschlagene. Jitternd berichteten die Sanitätärinnen, die sich nach den Verhandlungen losrissen, daß die Grünen die Tür aufgerissen hätten, trotz ihres Protestes die Verwundeten von den Lagern warfen und sie hinaus schleppten. Draußen wurden die hilflosen Verwundeten mit Gewehrkolben niedergeschlagen.

Kalende Mut bemächtigte sich der Arbeiter. Nun gingen die Angriffe gegen das umlagerte Haus los. Eine Ladung Handgranaten nach der anderen krachte hinein und barst ohrenbetäubend. Dazu schossen die Maschinengewehre vom Kirchberg ununterbrochen in das Haus hinein. Der Widerstand der Insassen erlahmte. Um die vierte Morgenstunde trug ein weißer Lappen hervor.

Die Grünen ergaben sich.

„Los, raus!“ Die Arbeiter standen vor der zerpowerten Eingangstür und schrien den Grünen zu. „Berst euch, sonst geht es euch dreifig, ihr Hunde!“

„Schont uns!“ baten die Grünen.

„Kauskommen!“ Die Grünen zögerten noch. Da wurde einer der Arbeiter mitleidig. „Wir sprengen die Tür, dann geht's aber an die Mauer, los, raus jetzt!“ Die Tür ging auf. Die Polizisten

knäulten sich, grau im Gesicht und verfallen, auf einen Haufen und erhoben die Arme.

„Schont uns!“ bettelten sie. Sie wurden abgeführt.

20.

Nicht nur von Grillendorf her waren die Grünen des Nachts vorgestoßen. Auch vom Viehhof her kamen sie in starker Schützenlinie herunter. Die Posten am Bahnhügel hatten sie aber bemerkt. Sie zogen sich bis zum Bahnhof zurück und empfingen von dort aus die Heranrückenden mit starkem Feuer. Der Angriff kam ins Stocken. Der Feuerkampf hielt bis in die dämmernden Morgenstunden an. Die Grünen versuchten, durch harte Vorstöße die Arbeiterfront zu durchbrechen, um bis zur Villa hinzukommen. Raup schwankte mit seinem Zuge und nahm sie ins Zielenfeuer. Auch vom Bahndamm her flammte es dauernd. Im Kreuzfeuer brachen die Angriffe immer wieder zusammen.

Es war gegen sechs Uhr morgens. Raup trank gerade einen Topf heißen Kaffee hinunter, den ihm eine der Frauen aus der Feldstraße gereicht hatte, als ein Kurier erschien. „Es wird angegriffen! Die Verstärkung ist da!“ — „Verstärkung ist da!“ — „Wir greifen an!“ ging es von Mann zu Mann. In der Zeit trachten schon die Handgranaten der Stürmenden. Es war schon so weit hell geworden, daß man sehen konnte, wie die Grünen unruhig hin und her liefen. Sie schossen auf die Truppe, die aus den Straßen hervortrofen und von Dedung zu Dedung dem Bahnhof zustrebten.

„Dauerfeuer!“ kommandierte Raup. Die Grünen, immer mehr eingeeengt, suchten im Schutz der Häuser zu entkommen. In voller Flucht löste sich die Schützenlinie auf und hastete wieder den Berg hinauf, dem Viehhof zu. Hinterher trachten die Salven. Plötzlich, wie Ragen, erschienen die Arbeiter in der Nähe der letzten Häuser in der Offener Straße. Sie kamen ins Maschinengewehrfeuer, das ihnen aus dem Viehhof entgegenprasselte, haufen um Haufen klappte durch die Straße. Die aus der Feldstraße gingen sprunghaft bis zur Freizeitspiegelei vor. „Maschinengewehr her!“ schrie Fritz Raup. Die Mannschaften stolperten über den gefrorenen Ader und warfen sich mit den Maschinengewehren hinter den Mauer der Ziegelei hin.

Dann funkten sie los. Auch vom Bahndamm und von der Müllkippe her hämmerten Maschinengewehre. Sie überschütteten die Grünen auf dem Viehhof mit einem Geschloßgel.

Fortsetzung folgt.

Heute Revolutionsfeier im Schießwerder



Es spricht Genosse Selbmann-Hindenburg

Beginn 20 Uhr. Eintritt 20 Pf. (Erwerbslose) und 40 Pf. (Betriebsarbeiter). Geschlossener Aumarich: um 19 Uhr an den bekannten Aumarichplätzen der Stadtteile: Jugend: am Neumarkt; Zentrum: Ball, Ede Neuschkestraße; West: Sirisgauer Platz; Nord: Weißburger Platz; Süd: Friedrich, Ede Größchenstraße; Ost: Joublied, Königsgräber Straße 10; Nordost: Fisch, Ede Bodstraße; Platanen: an der Leffingturnhalle (18 Uhr).

Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront im Breslauer Stadtparlament

Gegen die Mieter, gegen die Erwerbslosen

Antrag der Kommunisten auf Nichtdurchführung der diktatorischen Mietererhöhung abgelehnt — Für Winterhilfsmaßnahmen nur eine Million bewilligt — Sebering wird die Durchführung verbieten

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden neben einer ganzen Reihe kleinerer Vorlagen, die zum Teil ohne Debatte erledigt wurden, zwei für die werktätige Bevölkerung Breslaus wichtige Fragen behandelt.

Auf Grund der vom preussischen Innenminister verfügten Erhöhung der Grundvermögenssteuer werden die Mieter rückwirkend ab 1. April 1930 um 2,2 bzw. 4,4 Prozent erhöht. Wir berichteten bereits, daß am Dienstag drei überfüllte Mieterversammlungen stattgefunden haben, die gegen die Mietererhöhung schärfsten Protest erhoben und u. a. beschloßen, den Magistrat aufzufordern, die Diktaturverordnung nicht durchzuführen, dem Willen der Mieter entsprechend, stellte die kommunistische Fraktion folgenden

Dringlichkeitsantrag zur Tagesordnung

Die unterzeichneten Stadtverordneten beantragen, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen: „Beratung über die vom preussischen Innenminister angeordnete Erhöhung der Grundvermögenssteuer und die daraus resultierende Mietererhöhung.“

Die Unterzeichneten fordern, daß dem Antrage der Mieter, die in drei überfüllten Versammlungen am Dienstag zu der Mietererhöhung Stellung genommen haben, Rechnung getragen wird. Dem Willen der Mieter entsprechend, beantragen die Unterzeichneten: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

„Der Magistrat wird aufgefordert, das Diktat der Preussengierung nicht durchzuführen.“

Bezeichnend für die „Mieterfreundlichkeit“ der sozialdemokratischen Fraktion war die Tatsache, daß sie es ablehnte, unseren Antrag mit zu unterzeichnen. Die Breslauer „linken“ Sozialdemokraten haben sich damit erneut

gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung und für Anerkennung der Diktaturkernern

erklärt, bezüglich der „Mietervertreter“ Roßmann fand sich unter dem Druck der Mieterversammlungen bereit, den Antrag mit zu unterzeichnen. Mit dem Hinweis darauf, daß der Antrag nicht die erforderliche Anzahl von Unterschriften trage, lehnte der Vorsteher seine Behandlung ab. Keine der Parteien, außer unserem Genossen Adel, hielt es für notwendig, auch nur mit einem Wort für die Interessen der Mieter einzustehen.

Zur Durchführung einer Winterhilfe für die Unterstützungsempfänger hatte die sozialdemokratische Fraktion in der letzten Sitzung beantragt, Kohlen- und Lebensmittelcheine und eine Barunterstützung zu Weihnachten auszugeben. Die sozialdemokratische Fraktion hatte bereits bei der Stellung des Antrages gefordert, daß diese Unterstützung nur an die Wohlfahrtsempfänger, an die ausgesteuerten Erwerbslosen, Hilfs- und Fürsorgearbeiter und soziale Kleinrentner ausgezahlt wird. Da das unzulänglich war, beantragte die kommunistische Fraktion die

Aushebung der Winter-Nothstandsmaßnahmen auf sämtliche Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden beide Anträge dem Ausschuss überwiesen. Dieser hatte in der Zwischenzeit getagt und empfahl nun die Annahme folgenden verschlechterten Antrages:

Dieser Ausschuss empfiehlt:

- a) die Vorlage dringlich zu behandeln;
- b) 1 Million Reichsmark für eine Winterhilfsaktion für die vom Wohlfahrtssamt unterstützten Personen, insbesondere durch Vergabe von Kohlen und Lebensmittelmarken, zur Verfügung zu stellen;
- c) zur Deckung dieser Ausgabe
 1. die Gewerbesteuer vom Ertrage um 55 Prozent zu erhöhen,
 2. die Wohnungsluzussteuer rückwirkend vom 1. April 1930 ab einzuführen;
- d) damit die Anträge der Stadt, Veier und Jyka für erledigt zu erklären.

Wir haben bereits berichtet, daß bei der Beratung im Ausschuss unserer Genosse Adel nach Ablehnung unseres Antrages gezwungen war, für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen, um seine Ablehnung zu verhindern. Bei der gestrigen Beratung rief unsere Fraktion auf ihren alten Antrag zurück. Bei der Abstimmung wurde die Aushebung der Winter-Nothstandsmaßnahmen auf sämtliche Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Der Antrag des Ausschusses wurde mit 42 gegen 41 Stimmen angenommen. Aus der Debatte sei erwähnt, daß unter dem Druck der

gestern stattgefundenen Versammlungen und Demonstrationen der Erwerbslosen die Sprecher aller Parteien die Not der Erwerbslosen „lösen“, aber keinesfalls mit der Bewilligung einer Unterstützung einverstanden waren. Eine besonders schlimme Rolle spielte das Zentrum. Der deutschnationale Thum schlug die Einführung der Regereuer vor und Schneider von der Wirtschaftspartei die Erhöhung der Einkommensteuer. Der Sprecher der kommunistischen Fraktion, der Genosse Adel, wies auf den Umstand hin, daß die Kommunisten bereits bei der Staatsberatung die Einstellung eines Betrages von 5 Millionen gefordert hatten, und daß auch die Annahme des von uns im Ausschuss gemachten Deckungsvorschlages (wir haben ihn gestern veröffentlicht, D. Reb.) die Bewilligung der Winterbeihilfe ohne eine weitere Be-

Die Erwerbslosen demonstrieren

Gegen den Abbau der Krisenfürsorge und für Bewilligung von Winter-Hilfsmaßnahmen wurden vom Landes-Erwerbslosenausschuss für gestern vier Versammlungen einberufen. Es sprachen: im „Zentralballsaal“ Genosse Kleiner, im „Hubertus“ Genosse Kiewewetter, im „Gambriuskaale“ Genossin Guminsky und im „Oberstrom“ Genosse Kolberg. Nach kurzen Referaten wurde in die Diskussion eingetreten, in der die Empörung der Arbeitslosen zum Ausdruck kam über die neuen Regelungen der Krisenverordnung ab 3. November. Einmütig wurde betont, daß die Beteiligte der Arbeitslosenunterstützung jetzt schon nicht mehr zum Leben ausreichen und die Arbeitslosen sich gegen die weitere Herabdrückung ihrer Lebenslage mit allen Mitteln zur Wehr setzen werden. Ferner wurde protestiert gegen die Herabsetzung der Winterhilfsmaßnahmen. Es wurden

Laufung der werktätigen Bevölkerung ermöglicht hätte. Die Zuhörer sollten unserem Sprecher ungeteilten Beifall. Der Räumere wies darauf hin, daß selbst bei der Annahme des von Ausschuss gestellten Antrages

die Erwerbslosen monatlang auf die Auszahlung der Unterstützung warten

können, weil die Erhöhung der Gewerbesteuer vom Ertrage der Zustimmung der vorgesezten Behörden bedarf. Wir stellen fest, daß die „Volkswacht“ dieses bereits gestern geschrieben hat, d. h. die sozialdemokratische Fraktion weiß genau, daß die gestern beschloßenen Hilfsmaßnahmen in Wirklichkeit keine sind.

Alle Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, gingen gestern mit der Behauptung hauffieren, unser Antrag auf Aushebung der Hilfsmaßnahmen auf alle Unterstützungsempfänger sei lediglich aus Agitationszwecken gestellt. Wir möchten dazu auch an dieser Stelle erklären, daß für unsere Haltung ausschließlich die Interessen der Werktätigen, in diesem Falle die der Unterstützungsempfänger, maßgebend sind. Die Not dieser Menschen ist so groß, daß sie alle dringend einer Hilfe bedürfen. Deshalb hat unsere Fraktion den Antrag gestellt, deshalb fordert die kommunistische Partei die Breslauer Erwerbslosen auf, den Kampf für eine ausreichende Winterbeihilfe weiterzuführen.

wiederrum einstimmig Resolutionen angenommen, an den gestellten Anträgen festzuhalten. Auch wurde in allen vier Versammlungen stürmisch verlangt, daß sofort eine Protestkundgebung durchgeführt werden soll, und es wurden überall Delegierte gewählt, die beauftragt wurden, in die Stadtverordnetenversammlung zu gehen.

Nach den Versammlungen bildeten sich Demonstrationen, welche von den Sälen nach dem Neumarkt marschierten. Dort wurden die Erwerbslosen von Genossen Kiewewetter über den Stand der Verhandlungen im Stadtparlament unterrichtet. Darauf wurde die Kundgebung aufgelöst mit dem Versprechen, daß der Landes-Erwerbslosenausschuss in einigen Tagen wiederum große Versammlungen einberufen werde, in denen von den Stadtverordneten Bericht gegeben werden wird.

Rechtsauskunft

Im Büro des Bezirkskomitees Schlesien der NSD. auf der Freiheitsgasse 2 wird täglich Rechtsauskunft in allen Betriebs- und Gewerkschaftsfragen erteilt. Ein Entgelt wird nicht erhoben. Die Sprechstunden finden täglich von 10 bis 11,30 Uhr und von 17 bis 18,30 Uhr statt.

Mieter im Westen!

Mieter, setzt euch zur Wehr! Wählt Mieterausschüsse und kämpft gegen den Mietenvucher. Erscheint alle am Sonntag, dem 9. November, um 10,30 Uhr, im „Zentralballsaal“, Westendstraße. Es spricht dort der Redakteur Bielow über die Frage: „Wie haben die Mißbaumdiener den Kampf zu organisieren?“

Selbstmorde. Gestern mittag gegen 11,30 Uhr verübte der Motorenwärter Karl G., Märtsche Straße wohnhaft, auf dem Gelände der Linde-Hofmann-Werke Selbstmord durch Erhängen. — In der Nacht zu gestern verübte die 18jährige Barbara M. in der Wohnung ihrer Eltern Selbstmord durch Gasvergiftung.

Diebstahl. Am 5. November gegen 18 Uhr wurde einem Zigarrenkaufmann aus dem Qußkur eines Grundstückes in der Tiergartenstraße eine 46 Kilo schwere Holzleiste, enthaltend 60 Kisten je 50 Stück Zigaretten, Marke „Jovanna-Königin“ im Werte von 362 Mark gestohlen. — Am Dienstag gegen 15 Uhr wurde einer Frau in einem Kaufhaus in der Schweidnitzer Straße ein braunes Portemonnaie mit 600 Mark Inhalt aus der Handtasche gestohlen. — In der Nacht zum Mittwoch wurden Dominialarbeitern in Pabstschütz Preis Neumarkt durch Einbruch 15 Kaninchen, 2 Gänse und 15 Hühner im Gesamtwerte von 180 Mark gestohlen. — In der Nacht zum 6. November wurden die Gartenanlagen des Magistrats wieder von Dieben heimgesucht. Es wurden entwendet vom Schenkendorfsplatz vier hochstämmige wertvolle Rosenstöcke.

Ein Kassenräuber als Brandstifter. Am 31. Oktober gegen elf Uhr entzündete Bewohner des Hauses Düppelstraße Nr. 12 in der Wohnung der Witwe R. einen Stubebrand, der schon ziemlich weit vorgeschritten war und auch bereits den Fußboden erfaßt hatte. Als Brandstifter wurde der 25jährige Sohn der Geschädigten, der Druggist Ernst R., festgenommen, der jugend, den Brand verursacht zu haben. Ernst R. ist seit 1920 verurteilt und war von Februar bis März dieses Jahres in der Hellersdorf Straßensperre. Er hat offenbar in einem Anfall von geistiger Umnachtung gehandelt und wurde wieder der Hellersdorf Straßensperre zugeführt.

Kampfbund Ost. Freitag abend treffen sich alle Kameraden bei Joublied, Aumarich 19 Uhr. Keiner darf fehlen. — Sonnabend um 19,30 Uhr Funktionärerversammlung.

Kampfbund West. Heute, 19 Uhr, Aumarich 54 Kapz, Mariannenstraße.

Alle Arbeiterphotographen treffen sich am Sonntag, dem 9. November, vormittags 8 Uhr, an der Freiheitsbrücke zu einem gemeinsamen Auszuge. Apparate mitbringen.

Stadtteil Süd. Sonntag 9 Uhr alle Parteigenossen und Sympathisierenden zur Haus- und Hauspropaganda! Treffpunkt „Kleina“, Friedrichstraße.

Musikverein Süd. Sonntag 10 Uhr Antreten, „Kleina“.

Wutung! Junge Genossen oder Genossinnen, die Klavier oder Bandonium spielen können, melden sich Sonnabend, den 8. November 15 Uhr, im Note-Hilfe-Büro, Freiheitsgasse 2.

Arbeiter-Esperantogruppe. Heute, Freitag, um 20 Uhr, Monatsversammlung bei Wittner, Wersstraße 26.

Mittelschlesien

Besucht die Revolutionsfeiern!

Brick. Heute um 20 Uhr im „Weinberg“.

Dels. Sonnabend 19,30 Uhr in Bahns Anlagen.

Strehlen

Revolutionsfeier am 8. November

Im Winterischen Saale zu Guffines findet am Sonnabend, dem 8. November, die diesjährige Revolutionsfeier, bestehend aus Ansprache, Konzert, Theater und Rezitationen statt. Beginn 20 Uhr. Eintrittspreis für Erwerbslose 20 Pf., für Vollarbeiter 40 Pf. Werktätige von Stadt und Land, erscheint in Massen! Antreten zur Demonstration um 19 Uhr, am Restplatz.

Erneute vollständige Stilllegung des Steinbruchbetriebes

Wie verlautet, sollen die Steinbruchbetriebe infolge Stilllegung angezeigt am 8. Dezember erneut die Arbeit einstellen. Während die überfassen Unternehmer zu Weihnachten die Protesten auf die Straße werfen und sie mit dem Lieber: „O du fröhliche...“ verhöhnen werden, wird bitterste Not und Elend in den Proletenwohnungen herrschen, und da wird auch die Ranzel nicht fehlen und glorreicher: „Freue dich, freue dich, o Christenheit!“ Proleten, zeigt dieser Verdamnungskämpfeln und ihrem Anhängel, daß diese Ironie auf die bitterste Not mit auf die Abrechnungstabelle kommt.

Oels

An alle Eisenbahner!

Am Sonntag, dem 9. November, 10,30 Uhr, spricht der Reichstagsabgeordnete Kollege Schwalel, Oppeln, in Bahns Anlagen in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung zu den Decker Eisenbahnerkollegen. Wir erwarten, daß alle Kollegen erscheinen.

Helft bei gemäßigten Metallarbeitern. Die NSD. sammelt zurzeit Geld zur Unterstützung der gemäßigten Kollegen in Berlin. Der Ortsausschuss des NSD. fordert auf, auf diese Weise nicht zu zeichnen. Dadurch dürfen sich die Kollegen nicht betören lassen, und man soll recht zeichnen, denn es gilt, praktische Solidarität zu üben.

Wichtig für den politischen Teil: Ernst Scheller, Oels; für den musikalischen Teil: Ernst Scheller, Oels; für den literarischen Teil: Fritz Wendroff, Hindenburg. — Die Redner: Karl Marthaus, Oels.

Das Saalsportfest, welches an einem Sonnabend stattfindet, ist der Auftakt zu den Fuß- und Handballwettkämpfen, die an dem darauffolgenden Sonntag feigen. Vormittags finden die Rahmen-spiele im Fuß- und Handball statt, am Nachmittag feigt das Städtepiel zwischen Dresden und Breslau mit einem vorangehenden Handballspiel. Diese Veranstaltungen sind Solidaritätsspiele mit den ausgeschlossenen roten Arbeitersportlern. Genosse, nimm in deinem Verein Stellung zum Notensportfest. Verfolge die weiteren Ankündigungen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden beim Heimgange meines lieben Mannes sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.
Ida Lindner nebst Kinder.
Stadtteil Ost.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme von Seiten aller Genossen und Sympathisierenden und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders Erich sagen wir hiermit herzlichsten Dank!
Familie Wittke.
Stadtteil Nordost.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Don Montag, den 8. 11. bis Freitag, den 7. 11. 20.15 Uhr
Mrs. Cheney's Code
Sonnabend, den 8. 11. 20.15 Uhr
Die Matrofen von Cattaro
Sonntag, den 9. 11. 15.30 Uhr
Mrs. Cheney's Code
20.15 Uhr
Die Matrofen von Cattaro

Thalia-Theater
Don Montag, den 8. 11. bis Freitag, den 7. 11. 20.15 Uhr
Potafch und Perlmutter
Sonnabend, den 8. 11. 20.15 Uhr
Man kann nie wollen
Sonntag, den 9. 11. 15.30 Uhr
Potafch und Perlmutter
20.15 Uhr
Man kann nie wollen

Die vorbildlichen Tonfilm-Theater

<p>Dell-Theater</p> <p>Mady Christians</p> <p>In ihrem neuen Tonfilm</p> <p>Leutnant, warst Du einst bei den Husaren</p> <p>5, 7 und 9 Uhr</p>	<p>Gloria-Palast</p> <p>Premiere</p> <p>Barcarole</p> <p>Der Brand in der Großen Oper</p> <p>Der größte Tonfilm 1930</p> <p>Um 8 1/2 Uhr ermäßigte Preise</p>	<p>Kristall-Palast</p> <p>Käthe Dorsch</p> <p>Die Lindenwirtin</p> <p>5, 6 und 9 Uhr</p>	<p>Beh-Lichtspiele und Tivoli</p> <p>Die zärtlichen Verwandten</p> <p>und das große Belprogramm</p> <p>6, 7 und 9 Uhr</p>	<p>Kosmos Frankfurter Str. 117</p> <p>Zyankali § 218</p> <p>Der große Sprech-Tonfilm mit Grate Mosheim</p> <p>6 und 1/2 9 Uhr</p> <p>Reserviert</p>
---	---	---	--	---

Revolution

In meinen Preisen

Winter-Ulster
in guten, haltbaren Flauchstoffen 21.-
35.-, 29.-, 26.-, 21.-

Paletot
mit Samtkrag, auf K.-Seide gesteppt in Marengo oder Eskimo 41.-, 36.-, 27.-

Eugen Hamburger
Breslau, nur Teichstr. 31
Ecke Springerstraße

Trebnitzer Robfleischerei
Markthalle II
Breslau, Gartenstraße, Stand 218/19
empfiehlt alle Sorten frische Fleisch- und Wurstwaren
Paul Martin

Kauf bei **Blasse**
Blasse ist billig!
BRESLAU
Nur Graupenstraße 6/10
Reserviert

Lederjacken
28.-, 38.-, 48.-, 58.- RM.
Geb. Tischler, Spezialgeschäft
Gartenstraße 37 Alte Taschenstr. 9
neb. Konzerthaus Nähe Liebschützsee
Reparaturen Auffärben

Max Berndt
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik
Bergmannstraße 14

..... Ein hervorragend. Programm ein ausverkauftes Haus!
Schles. Tagesnost vom 4. 11. 30
Deswegen schnell zu **Bobbie Hind** ins **lieblich-Theater!**
Täglich 2 x 4 Uhr
Eintrittspreis 0.50-4.00
Nachm. halbe Preise und Vollprogramm
Ruf 348 48

Kauft bei **Land**
Land ist billig
Fleischerei und Wurstfabrik
Breslau, Lehmgrubenstr. 2

Bäckerei u. Konditorei Max Deichsel
Breslau, Friedrichstraße 6

Zur gefälligen Kenntnis! Der werten Kundschaft zeige ich hierdurch an, daß ich die **Robfleischerei** von Herrn **Wicher**, Markthalle I kauslich übernommen habe und bitte um weitere Unterstützung
Paul Martin
Gleichzeitig empfehle ich Sonnabend prima Fohlenfleisch und alle Sorten frische Wurstw. Markthalle I u. 2

Ich!
biete Ihnen Gelegenheits **Anzüge und Ulster** billig zu kaufen
Sadowastr. 66
2. Et. rechts

Gut und preiswert kaufen Sie in der **Fleischerei und Wurstfabrik Gustav Beyer**, Fürstenstr. 3/5

Bäckerei und Konditorei Johannes Stober
Hermannstraße 2

Partei-genossen! Beachtet Inserenten!
bei allen Einläufen immer nur unsere

Die schönsten **Damen-Kinder- und Trauer-Hüte**
kaufen Sie wie bekannt am besten und billigsten bei **Hulda Siedner**
Schmiedebrücke
Grosser Preisabbau!

Billiger Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren

Schweinefleisch	1 Pfd.	0.75	—	0.90	Wrt.
Schweinefotelett	"	1.10	—	1.20	Wrt.
Schweinschnitzel	"			1.80	"
Rahlfleisch m. Kn.	"	1.00	—	1.20	"
Rahlfleisch ohn. Kn.	"			v. 1.30	an
Rouladen	"	1.20	u.	1.40	Wrt.
Suppenfleisch	"	0.80	—	1.00	"
Rindfleisch ohn. Kn.	"	1.10	—	1.80	"
Büffelsteif	"			v. 1.00	an
Fräuleinsteif	"			v. 1.20	an
Frischer Speck	"			0.90	Wrt.
Räucherpeck	"			0.90	"
Lungenfett	"			0.80	"
Rein. Schweinefett u. Griebenf.	"			0.85	"
Geräucherte Waden	"			0.85	"
Frische Waden 0.75 gepöbl. Waden 0.75	"			Wrt.	
Gulafsch v. 0.80 an Gehädtes v. 0.80	an				
Gepöblte Eisbeine	"			0.90	Wrt.
Frische Schweinsköpfe	"			0.50	"
Zerelatw. (welch) 1/4 Pfd.	0.25	—	0.35	"	
Poln. Zerelatwurst 1/4 Pfd.	0.20	—	0.30	"	
Metzwurst 1/4 Pfd.	0.25	—	0.35	"	
Brechkopf u. Mortabella 1/4 Pfd.	0.25	—	0.35	"	
Braunschweiger 1/4 Pfd.	0.20	—	0.30	"	
Brekwurst 1/4 "	0.15	—	0.20	"	
Leberwurst 1/4 "	0.15	—	0.20	"	
Dierwurst 1/4 "	0.15	—	0.20	"	
Riolbassa 1/4 Pfd.	0.20	—	0.30	"	
Frühstückspeck 1/4 Pfd.	0.25	—	0.35	"	
Gelochter Schinken 1/4 "	0.40	—	0.50	"	
Lachs- u. roher Schinken 1/4 "	0.45	—	0.55	"	
Knoblauchwurst 1 Pfd.	0.60	—	0.80	"	
Polnische 1 Pfd.	0.80	—	1.00	"	
ff. Aufschnitt 1/4 Pfd.	0.35	—	0.45	"	
Beräucherte Bratwurst Paar u.	0.20	an			
Frische Wiener	Paar	0.10	Wrt.		

Adolf Weiß Melkstraße 13
Femruf 256 60

Herzberg & Co.
Höfenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkastraße 17 Michaelistr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlachthof
Bestellen an:
Vom Faß gegen Kasse
Breslauer 32% = 2.85
Weinbrand-Verschnitt 38% = 3.45
Weinbrand echt 38% = 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt 3.70

Weine vom Faß

Rot- und Rheinwein	per Liter	0.90
Muskateller	"	1.00
Wermutwein	"	1.00
Tarragona	"	1.20
Malaga	"	1.30
Ungar.-Süßwein	"	1.50

98% Prima Spirit . . . per Liter 7.00

Tafel-Liköre einschl. Flasche Meisterwerke der Destillierkunst
Curacao, Goldwasser, Bistrotandc, Cress de Cacao, Stonsdorfer, Allsch, Pilschcrbaz, Rose, Pränelle, Scherry Brande, Marlsrsl. Madca, Nala und Halb etc.
30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

WERTHEIM **Freitag u. Sonnabend billige Lebensmittel**
BRESLAU Tel.-Sammel-Nr. 22111 Sowelt Vorrat. Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

<p>Frisches Fleisch</p> <p>Querleiste Pfd. 0.80 Schmorfleisch mit Knochen Pfd. 1.00 Schmorfleisch ohne Knochen Pfd. 1.20 Kalbskamm Pfd. 0.92 Kalbs-nach-brust Pfd. 0.92 Kalbskeule Pfd. 1.05</p> <p>Schweinerück mit Beilage Pfd. 0.90 Schweineschinken mit Beilage Pfd. 0.95 Hammelfleisch Pfd. 1.00 Gulasch Pfd. 0.80 Gehacktes Pfd. 0.80</p>	<p>Obst</p> <p>Zitronen Dutz. v. 0.38 Äpfel Anmerk. Pfd. 0.44 u. 0.38 Kranzfeigen neue Pfd. 0.28 Ananas frische Pfd. 0.98 Eß-Äpfel Pfd. 0.28 Kochbirnen Pfd. 0.20</p>	<p>Konserven</p> <p>Marmelade Dreifrukt 2-Pfd.-Eim. 0.75 Aprikos-Konfitüre 2-Pfd.-Eimer 1.10 Schnittbohnen gute Qualität 1/2-Dose (Singapore) 0.45 Ananas 1/2-Dose 0.95 Aprikosenpulp 1/2-Dose 3.20 Senfgurken 1/2-Dose 0.78</p>	<p>Käse und Sette</p> <p>Camembert vollf. 0.22 Dessertkäse (Bechwitz) 1/4-Schachtel 0.42 Edamer halbfett Pfd. 0.68 Tilsiter ohne Rinde 1 Pfd.-Block 0.82 Holländer vollfett Pfd. 0.90 Schweizer Bayr. Pfd. 1.20 an</p> <p>Schweizer Dän. 1/2 fett Pfd. 0.86 Margarine 0.58 u. 0.46 Kokosfett 1 Pfd.-Tal. 0.48 Tafelbutter Molkefrei Pfd. 1.52 Gänseeschmalz gar. reib. Dose ca. 425 g 1.68</p>
<p>Wurstwaren</p> <p>Metzwurst (Branzschw.) echt, Stück ca. 1/2 Pfd. 0.38 Zerelat u. Salami Westhl. Pfd. 2.00 Zerelat 1. Pfd. 2.00 Knoblauchwurst Pfd. 1.00 Würstchen Paar 0.50</p> <p>Leberwurst Remacher Pfd. 1.00 1.40 Teewurst Pfd. 2.00 1.70 Metzwurst Branzschw. Art. Pfd. 1.35 Rückenspeck geröcht. extra stark Pfd. 1.05 Gek. Schink. 1/2 Pfd. 0.48 Roh. Schink. 1/2 Pfd. 0.60</p>	<p>Wild- u. Geflügel</p> <p>Hirschfleisch Pfd. 0.48 an Bratgänse junge Pfd. 0.95 an Fettgänse Pfd. 1.20 Rebhühner Stück 1.25 Hühner Pfd. 0.95 an Bratenten Pfd. 1.25</p>	<p>Wein mit Glas 1/2 Flasche</p> <p>Wermutwein vorzügl. Qualität 1/2 Fl. 1.05 Tarragona vollfett 1.00 Rum Verschnitt 1/2 Fl. 3.40 Johannisbeerwein Liter 0.95, 0.76 Malkammerer (Rheinfels) Liter 0.95</p>	<p>Kolonial-Waren</p> <p>Sultaninen Pfd. 0.38 Mandeln süße Pfd. 1.48 Pflirsiche halbf. Pfd. 0.72 Blumen Pfd. 0.52 Bäckobst Pfd. 0.44 Linsen, Bohnen, Glasreis Pfd. 0.24</p> <p>Kartoff.-Mehl Pfd. 0.17 Zitronat Pfd. 1.28 Korinthen Pfd. 0.55 Konsum-Mischg. Pfd. 2.00 Haushalt-Prob.-Misch. Pfd. 2.40 Ceylon-Tee 50 Gr.-Pack 0.56</p>

Die Dividendenschinder von Alsdorf auf der Anlagelbahn

Genosse Sobotta rechnet im Landtag mit den Massenmördern ab

Am Mittwoch hat der Landtag zu den furchtbaren Grubenkatastrophen von Alsdorf und Neurode Stellung genommen. Die Anteilnahme, die die parlamentarischen Parteivertreter des kapitalistischen Ausbeutensystems an den schrecklichen Massenopfern verbrecherischer Ausbeutung in den Gruben nehmen, dokumentierte die schändliche Leere der Bänke der Sozialdemokraten und besonders des Zentrums und der Rechtsparteien. Daß es sich bei der parlamentarischen Aussprache auch lediglich um eine Komödie zur Verhöhnung der durch die immer häufigeren und immer schrecklicheren Bergwerkstatastrophen erregten Öffentlichkeit handelt, bewiesen auch die zahlreichen „Großen Anfragen“ und „Anträge“ der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien, die sich sämtlich darauf beschränkten, die Regierung zu fragen, ob sie „in der Lage sei, die Ursachen der Katastrophen mitzuteilen“, was sie „zu tun gedenkt, um solche Massentatastrophen nach Möglichkeit zu verhindern“ und ob Maßnahmen ergriffen seien, „um die schlimmste Not von den in Mitleidenschaft gezogenen Bergarbeiterfamilien abzuwenden.“ Weiße Salbe also, keine Verurteilung des verbrecherlichen Ausbeutensystems, noch nicht einmal eine Sicherstellung des Lebensunterhaltes der durch die Profitsucht der Kohlenbarone ihrer Ernährer beraubten hinterbliebenen Frauen und Kinder.

Wirklich ernsthafte Maßnahmen, nicht nur zur Vinderung der Not der hinterbliebenen Bergarbeiterfamilien, sondern zur weitestgehenden Sicherung des Lebens und der Arbeitskraft der Bergarbeiter haben nur die Kommunisten beantragt. Sie haben ein Gesetz zum Schutz der Bergarbeiter vorgelegt. Dieses Gesetz, das von Vertretern der kommunistischen Landtagsfraktion gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition der Bergarbeiter ausgearbeitet wurde, sieht ganz konkrete Bestimmungen vor, die einen wirklichen Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter garantieren. Außerdem beantragen die Kommunisten, da der Unfall- und Beschäftigung der sogenannten Grubensicherheitskommissionen Zeugen und Sachverständige nicht unter Eid vernehmen kann, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Ursachen der Katastrophen von Neurode und Alsdorf aufzuklären hat.

Eine wuchtige Anklageerhebung, die insbesondere auf den Tribünen den tiefsten Eindruck hinterließ, waren die Ausführungen des

Genossen Sobotta:

Mit zynischer Brutalität verkündete die Regierung Brüning ihr Regierungsprogramm. Ein Programm, das in dem Satz gipfelt, Herabsetzung der Löhne, Senkung der Produktionskosten und dadurch Rettung der kapitalistischen Wirtschaft aus der Krise. In diesem Programm liegt auch die Grundursache, die zu den Katastrophen von Hausdorf am 9. Juli und vom 21. Oktober in Alsdorf führte.

Das Millionenheer von Arbeitslosen bildet für sie ein Reservoir von Arbeitskräften, so daß sie auf Leben und Gesundheit der Arbeiter keine Rücksicht zu nehmen brauchen.

„Denn heute 40 Bergarbeiter verunglückten, so haben wir morgen 400 andere.“

So erklärte ein Vertreter des Zechenverbandes bei einer Besprechung mit der Bergbehörde Anfang 1929 in einer Sitzung in Essen. (Hört, hört!) In diesem Ausdruck spiegelt sich der Geist, von dem das Deutscher Kapital geleitet wird. (Sehr wahr!)

Der Zechenverband verkündet frohlockend, daß das Jahr 1929 ein Rekordjahr gewesen sei, ein Rekordjahr für die Grubenkapitalisten und ihre Gewinne. Die Förderung hatte eine nie gekannte Höhe erreicht. Ebenso liegen die Gewinne pro Kopf des Arbeiters von 670 auf 716 und im Jahre 1929 auf 780 Mark. Für die Bergarbeiter war das Jahr 1929 auch ein Rekordjahr, es häuften sich zu Bergen die Toten, die Unfallziffern stiegen und erreichten im Jahre 1929 die höchste Ziffer, die es je gegeben hat. (Hört, hört!)

Die Welle der Ausbeutung und verschärfter Rationalisierung wurde 1930 fortgesetzt.

„Kohlen, noch mehr Kohlen, wer nicht mehr liefern kann, kann am 15. gehen.“

Dieser Satz ist zum geflügeltesten Wort in den deutschen Grubenbauen geworden. Als Resultat dieser Antreiberei und Jagd nach Kohlen am 12. Mai 8 Tote, 3 Schwerverletzte der Schlagwetterexplosion auf der Concordiagrube in Oberschlesien, am 9. Juli 151 Tote und mehr als 50 Schwerverletzte auf dem Kurtschacht der Benzelaugrube, und jetzt am 21. Oktober 265 Tote und mehr als 50 Schwerverletzte in Alsdorf, am 23. Oktober 99 Tote auf dem Maybach-Schacht im Saargebiet. Waren diese Katastrophen zu vermeiden? Wir sagen ja! Wir sagen, sie wurden in verbrecherischer Weise herbeigeführt. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Der Betriebsrat Grösse, der eine Beschwerde an den Bergrevierbeamten richtete, in der Hoffnung, daß der Revierbeamte die berechtigten Beschwerden untersucht und für Abhilfe sorgt; was erhielt er für eine Antwort? — Der Bergrevierbeamte Berje schickt diese Beschwerde dem Betriebsführer Baumbach. Dieser bestellt den Betriebsrat Grösse zu sich aufs Büro und erklärt: „Wenn Sie nochmals Beschwerde machen, dann können Sie sich das Zehentor von draußen ansehen!“ (Merkt!) So wurden die Beschwerden der Arbeiter durch die Bergbehörde unterjocht. So sehen Ihre Organe, Herr Minister, aus. Sie haben am Grabe des Mitleid und Weiblich der Toten und des Hinterbliebenen ausgesprochen. Sie sind aber mitschuldig an dem Verbrechen, das an der Arbeiterschaft des Ruhrreviers begangen worden ist. Dieser Bergrevier Beamte erklärt jetzt, ihm sei von den Umständen und den Schlagwetter nichts bekannt gewesen.

Einfache Bergarbeiter sahen die Gefahren, kannten sie, aber die Herren der Bergbehörde, sie hatten nicht nur taube Ohren, sondern sie waren auch blind. Bei der Besprechung, die ich am 21. September mit einigen Kameraden von Anna II hatte, sagte der 20jährige Arbeiter Heinrich Knorr:

„Wenn bei uns im Revier 10 etwas passiert, dann kommt keine Maus lebend aus dem Revier heraus.“

Dieser Kamerad hat recht gehabt, aus dem Revier ist von den 10 dort Beschäftigten nur ein einziger Bergarbeiter lebend gerettet worden. Ein anderer Kamerad sagte mir bei dieser Besprechung: „Wenn bei uns auf Anna II dieses System noch länger anhält, dann schlagen eines Tages die Flammen zum Schachturm heraus.“ Auch dieser Kamerad hat recht behalten, am 21. Oktober schlugen die Flammen zum Schachturm heraus. Heute sucht man nach den Ursachen, man kreißelt sich, was hat die Schlagwetter und Kohlenstaubmengen geändert? Dieser Streik soll von der Schuld ablenken.

Niemals kann sich eine Schlagwetterexplosion ereignen, wenn keine Schlagwetter vorhanden sind.

Zu dem Schlagwetter- und Kohlenstaubverbrechen kommt aber neues hinzu. Wie kommt der Sprengstoff zum Schacht? Wo

dem Befund des Schachtes ist es ausgeschlossen, daß die unterirdische Explosion auch den Schachturm wegtrifft hat. Sie hat den Schachturm nicht wegtrifft, sondern am Schacht lagernden Sprengstoff gezündet und diese Sprengstoffexplosion hat den Schachturm zertrümmert. Daran ändern auch nichts die unwahren Berichte der sogenannten Untersuchenden. Der Sozialdemokrat Sellmann, der an der Untersuchung teilgenommen hat, schreibt, daß die letzte Munitionslieferung am 16. Oktober erfolgt sei. Herr Harich, der gemeinsam mit Sellmann untersucht hat, schreibt aber, daß am Freitag und am Samstag der letzte Sprengstoff geliefert worden sei. Samstag war aber nicht der 16., sondern der 18. Oktober. Diese

Schwindelberichte beweisen, daß die Untersuchung eine Komödie zur Verhöhnung der Schutzfrage ist. (Sehr wahr!)

Zum Schluß besprach Genosse Sobotta noch den einzelnen Verlauf der Katastrophe und die Forderungen, die die kommunistische Landtagsfraktion zum Schutze der Bergarbeiter aufgestellt hat.

Der Zentrumskreditor Harich schwieg sich bezugsnehmend über die Alsdorfer Katastrophe überhaupt aus, und forderte nur bezüglich der Kohlenstaubgefahren in den schlesischen Gruben ein Preisauschreiben, um Wissenschaft und Technik noch eingehender mit diesen Gefahren zu beschäftigen.

Oberschlesien

Ein betrunkenener Polizeiwachtmeister schlägt und sticht harmlose Passanten

Katibor. In der Nacht zum 1. November kam in stark angetrunkenem Zustande der Polizeiwachtmeister B. in Begleitung einer anderen Person, mutmaßlich eines Polizeibeamten in Zivil, die Sandstraße herunter. Zwei des Weges aus der Arbeit kommende Arbeiter, R. und S. aus Stuhlfurma, wurden an der Ecke Sandstraße, Eisenbahnstraße, ohne jeglichen Grund von dem stark angetrunkenen Polizeibeamten angepöbeln. Als die Arbeiter nun den Polizeibeamten auf eine eventuelle Verwechslung aufmerksam machten, zog der Polizeibeamte sein Seitengewehr und schlug den Arbeiter S. ins Schienbein und schlug außerdem noch mit der blanken Waffe auf den Rücken des Arbeiters ein. Die Arbeiter liefen nun zum Bahnhof, verfolgt von dem Polizeibeamten mit gezogener blanker Waffe. Durch diesen Vorfall nahmen hingeratene Passanten eine bedrohliche Haltung gegen den betrunkenen Polizeibeamten an. Jetzt erst griffen die Bahnschutzeleute ein. In der Bahnschutzwache wurden allerdings nur die Personalien der beiden Arbeiter festgestellt, nicht aber die Personalien des betrunkenen Polizeibeamten. Das war ein Vertuschungsmanöver,

um die „Ehre“ der wartenden Staatsautorität zu retten. Der Begleiter des betrunkenen Polizeibeamten hatte sich inzwischen von seinem Kumpan entfernt. Als nun der Polizeibeamte B. und die beiden Arbeiter von den Bahnschutzeleuten freigelassen wurden, gebärdete sich der betrunkenen Polizeibeamte immer noch in einer randalösen Art. Er ging sogar gegen die umstehenden Personen töllisch vor. Als einer der Passanten sich dieserhalb an einen Schutzmann, der in der Nähe patrouillierte, wandte, sagte dieser, „das ginge ihn nichts an“. Sind Schutzleute nicht dazu da, vor solchen Anpöbelungen zu schützen? Über verhielt sich der Schutzmann so, wie es sich hier um seinen Berufscollegen handelte? Erst, als die Menge weiter eine bedrohliche Haltung gegen den rausstüftigen Beamten einnahm, ging der betreffende Beamte dazu über, seinen Berufscollegen und die beiden Arbeiter zur Wache zu führen, wo er nochmals die Personalien und die Ursache des Vorfalls feststellte. Die Kommunisten werden dafür sorgen, daß dieser Fall nicht vertuscht wird, und ebenso, daß solchen „Schutz“-leuten das Handwerk gelockt wird.

Heraus zur Revolutionstfeier und Protestkundgebung gegen den Justizterror

Die SPD- und KPD-Ortsgruppe Gleiwitz feiert am 7. November 1930 Uhr bei Schreiber (Petersdorf) den dreizehnten Jahrestag der russischen Revolution. Mitwirkende sind die „Roten Stürmer“ Hindenburg und der kommunistische Jugendverband Gleiwitz. Vorher antreten zur Demonstration um 18.30 Uhr am Germaniaplatz.

Gleiwitz

Achtung, Genossen!

Am Freitag, dem 7. November, findet im Saale bei Schreiber in Petersdorf die Revolutionsfeier statt. Zur Ausführung gelangt eine proletarische Revue mit mehreren Aufzügen, unter Mitwirkung der Roten Stürmer, Hindenburg. Eintrittspreis je Person 30 Pf., für Erwerbslose 20 Pf. Ortsgruppe Gleiwitz SPD. und KPD.

Groß-Strehlitz

Schikanierung der Erwerbslosen

Auf der Arbeitsamteneinstelle Groß-Strehlitz herrschen Zustände, die wert sind, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Hat mal ein Arbeiter aus Not etwas überhoben, so wird ihm das sofort abgezogen. Hat aber ein Arbeiter durch den Irrtum des Arbeitgebers die Beschäftigung nicht richtig erhalten, dann heißt es nur, überhoben. Es sind hier zwei Fälle vorgekommen, wo der Arbeitgeber den Eintritt in die Arbeit um sechs Tage früher angegeben hat. Durch die Nachlässigkeit des einen Arbeiters ist der Irrtum entbedt worden, und das Arbeitsamt hat am 14. 10. den neu angestellten Schein erhalten, konnte aber bis heute noch nicht ausrechnen, wieviel der Arbeiter von dem einbehaltenen Gelde zurückzubehalten hat. Auf seine diesbezügliche Anfrage in der Sache wird dem Arbeiter immer der Befehl: „Die Antwort ist noch nicht aus Döppeln zur d.“

Es wäre auch ratsam, beim Arbeitsamt Döppeln vorstellig zu werden, daß die Nebenstelle einen Bandlender bekommt, damit die Beamten wissen, was für ein Datum ist, denn nach diesem Vorfall, ist man zu der Annahme gekommen, daß sie keinen haben.

Der Arbeiter F. erhielt eine Arbeit zugewiesen. Er sollte sich am 13. 10. 1930, früh 6.30 Uhr, mit einer Schaufel bewaffnet auf der Arbeitsstelle melden. Der Befehl ist aber erst am 13. 10. 30, früh 11 Uhr, durch die Post zugestellt worden, und war auch mit einem Poststempel vom 13. 10. 30, 8-9 Uhr, versehen. Obwohl die Schaufel des Arbeiters, daß der Arbeiter die ihm zugewiesene Arbeit nicht am 13. 10., sondern erst am 14. 10. aufnahm, einwandfrei frei stehend, hat das Arbeitsamt ihm schon für den 13. 10. keine Unterfertigung mehr gezahlt. Das ist eine Ungeheuerlichkeit ohnegleichen.

Am 3. November wollte sich ein Beamter eine Provozierung der Erwerbslosen erlauben, indem er das Stempeln nicht wie üblich, sondern gemeinbeweise vornehmen lassen wollte. Dadurch hätten die Groß-Strehlitzer Erwerbslosen bis mittags warten müssen. Als er aber merkte, daß seine Neueinrichtung von den Groß-Strehlitzer Erwerbslosen nicht so still hingenommen werden wird, nahm er die Gemeinde Groß-Strehlitz zuerst dran. Vor den Groß-Strehlitzer Erwerbslosen scheint er doch ein wenig Respekt zu haben.

Oppeln

Dank an die Teno!?!

Anlässlich der Hochwasserkatastrophe war neben der Feuermehr, der Schutzmann auch die Teno eingesetzt worden. Bei diese Gefährten

mit ihrem Spatzen und dem Brotbeutel sah, konnte sich nicht eines Lächelns erheben und fragte sich, ob diese Leute, bestehend aus einigen Arbeitern und in der Mehrzahl Schülern, das Hochwasser abwehren sollen. Es war gut, daß schon vor Döppeln das Wasser abgelenkt wurde, da wir der festen Auffassung sind, daß diese Jungens wohl sonst rechtzeitig gekniffen wären. Äußerungen selbst aus bürgerlichen Kreisen bestätigen unsere Auffassung, daß, wenn die Stadt eine Anzahl von den vielen Erwerbslosen angenommen und beschäftigt hätte, wir vielleicht noch weniger unter der Hochwassernot zu leiden gehabt hätten. Die vor Jahren anlässlich des Gasarbeiterstreiks eingesehete Teno als Streibreaker hat doch damals schon der Stadt bewiesen, daß diese Jungens mehr kaputt machen als helfen. Die Leiter des Gaswerkes atmeten auf, als sie diese Jungens wieder nach Hause schicken konnten. Heute aber dankt der sozialdemokratische Oberbürgermeister tiefgeföhnt den Streibreakern für angebliche Hochwasserhilfe.

Der Peiniger und Geldsaklakari von Mühlisdorf

Wir schilderten bereits einmal die Zustände auf der Baustelle Mühlisdorf. Dort unternimmt die Tiefbaufirma Schwarz aus Döppeln Drainagearbeiten. Der Schachtmeister Blentner aus Döppel, Kreis Döppeln, ist einer der schlimmsten Unternehmerräuber. Die Wahrscheinlichkeit, die 21 Mann stark ist, wird von ihm bis aufs Blut schmarotzt. Wenn ein Arbeiter sich bei der schweren Arbeit einmal aufrichtet, heißt es gleich: „Los, los, Helgoland!“ Als bei Verendung der Arbeit die Belegschaft entlassen wurde, konnten die Papiere nicht ausgehändigt werden, weil der Schachtmeister angeblich kein Geld hatte, die Invalidenmarken zu kaufen, trotzdem die Mühlige wöchentlich einschalten wurden. Diese kaudere Firma, die auf die größte Ausbeutung der Arbeiter bedacht ist, zahlt nicht einmal den Tariflohn.

Ein Arbeiter verunglückte infolge der unterirdischen Antreiberei und erlitt eine Rippenquetschung. Der Unfall konnte keiner Berufsgenossenschaft gemeldet werden, da selbst der „hochbegabte“ Schachtmeister nicht einmal weiß, in welcher Berufsgenossenschaft die Firma ist.

Auf der Baustelle arbeitet auch ein Schwertragsbeschäftigter, der an Schutzverletzungen an Händen und Bauch zu leiden hat. Trotz seines Leidens mußte er ebensoviel leisten wie jeder gesunde Arbeiter, denn gerade ihn hatte der Schachtmeister speziell aus Not genommen. Fortwährend wurde ihm mit Entlassung gedroht.

Gegen solche Ausbeuter kommt Volaten hilft nur enger Zusammen-schluß der Arbeiter in der KPD. Es muß doch mit dem Teufel gehen, wenn es nicht gelingen sollte, einem solchen erbarmungslosen Kapitalräuber das Handwerk zu legen.

Arbeiterport

Am Sonntag, dem 9. November, nachmittags 2.30 Uhr, steigt auf dem VfR-Platz an der Rosenberger Straße das Handball-Verbands-spiel Freie Turnerschaft Oppeln I gegen Borussia Oppeln I. Das Spiel verspricht interessant zu werden, da die Mannschaften gleich stark sind.

Berufungsverhandlungen im Gotteslästerungsprozeß

Wie wir schon mitgeteilt hatten, hat der Staatsanwalt gegen das freisprechende Urteil im Gotteslästerungsprozeß Girndt, Döppeln, und Kuchel, Gleiwitz, Berufung eingelegt. Der Termin vor der Großen Strafkammer in Oppeln ist für den 14. November, 9.30 Uhr, angesetzt.

Kinder-Tischbildervortrag

Die vom Freilebenerverband durchgeführte Kinderveranstaltung hat einen guten Eindruck bei den Kindern hinterlassen, so daß jetzt schon rege Nachfrage besteht, wann die nächste Veranstaltung stattfinden wird. Wie wir erfahren, ist in nächster Zeit ein weiterer Tischbildervortrag für Kinder geplant und erlauben wir, die noch erfolgenden Bekanntmachungen in der „Arbeiter-Zeitung“ zu lesen.

Rechtzeitige Preise zum Sommerabend



Herrn-Hüte
ein großer Posten, aus
Wollfilz, rau und glatt
in verschiedenen Formen
und Farben

3.50

Herrn-Hüte
federleichte Rauhaar-
qualität mit Futter, fehler-
freie Ware

7.90

Weckhemd
dezent gemustert, mit
festem Kragen und
Krawatte

4.75

Tanzhemd
guter Rumpfstoff, mit
modern. Popeline-Einsatz
und Manschetten

3.90

Selbstbinder
reine Seide, moderne
dezent Dessins, in vielen
aparten Farben

1.50

Selbstbinder
Kunstseide, in sehr
großer Auswahl, neueste
Dessins und Farben

7.50

Knickerbocker-Strümpfe
reine Wolle, durchgehend
gemustert, sehr haltbare
solide Qualität

2.90

Knickerbockers
aus flotten Stoffen, engl.
Art, mit doppeltem Ge-
säßbesatz

4.90

Mettersdorf

Kristall-Palast

Ab Freitag, den 7. November 1930
bringen wir das kühnste und gewaltigste, aber
bestimmt auch das verdienstvollste Filmwerk
unseres Jahrhunderts

Es ist ein Appell an d. gesamt. Frauenwelt!

Frauennot - Frauenglück

Ein Film von der Beziehung zwischen Mann und Weib, vom
Werden d. Menschen, von Leiden u. Freuden d. Mutterschaft

Aufgenommen in der Züricher Universitäts-Frauenklinik

Was jede Frau von sich selbst wissen muß!

Das Rätsel der Menschwerdung und Menschengeburt, der
Mehrzahl der reifenden Frauen selbst noch das größte
Mysterium ihres Körpers, wird hier zum ersten Male in
filmischen Szenen am lebenden Objekt gezeigt

In jeder Vorstellung einleitender Vortrag!

Wenn Sie Ihren Kindern eine Freude

bereiten wollen, besuchen Sie mit

Ihnen eine Nachmittagsvorstellung im

Täglich: 4 Uhr nachmittags zu halben Preisen das volle Programm!

Linbig-Operette

Butter, Eier, Käse, Schmalz

und andere Lebensmittel kaufen auch

Sie am besten nur bei

Berni, Görlitz

Mittelstraße 8, Komaustraße 38, Breite Straße 22

Leipziger Straße 18 Fernruf 1310

Der Riesenerfolg unserer Volkstage



veranlaßt uns, dieselben um 10 Tage, bis 18. November,
zu verlängern. Es gab nur ein Staunen über die

spottbilligen Preise

unserer bekannt guten Qualitätsware. Lassen Sie sich
die Ihnen nochmals gebotenen Vorteile nicht entgehen.

Unsere Läger sind wieder neu aufgefüllt u. Sie finden eine

riesige Auswahl von Winterulstern,

Paletots, Anzügen, Joppen u. Hosen

Eigene Anfertigung, daher höchste Leistungsfähigkeit

Auch starke Herren finden bei uns das Passende

Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit-G. m. b. H.

L. Prager Breslau
Albrechtstraße 51
Eingang nur Ecke Schuhbrücke



Reparaturen

Ersatzteile

Nadeln

Oele

Kleine Anzahlung

Kleine Raten

Deutsche Nähmaschinen- Vertriebs-A.-G.

Fernruf 2632

Liegnitz, Bäckerstr. 31

Capitol Strehlen

Ab Freitag: 7 u. 9 / S. 3, 5, 7, 9

Die Csikosbaroneß

Eine 100%ige Tonfilm-Operette

Anna Hötzel

Strehlen, Breslauer Straße 3/4

Kleider- und Resthandlung

Suparate haben in unserer Zeitung

besten Erfolg!

Brennholz

beste, trockene Ware

1 Ztr. kiegespalt, frei Keller 3.20 RM.

1 Ztr. grobgesp., (Kessel- oder

Hartholz) frei Keller 3.00 RM.

1 Schundca. 38 bis 40 cm Durch-

messer, frei Keller) 0.65 RM.

Bei Abholung in der Anstalt billiger

Lieferung erfolgt von 1. Ztr. an

Händler haben ermäßigte Preise

Städtische Holzspalteanstalt, Breslau X

Niedergasse 10 Fernruf: 54616



Unglaublich

Kappe in

gutem Filz

nur

3.90

HUT-ROSENTHAL

Breslau, Blücherplatz 5 * Neue Schweidn. Str. 54

Rote Fahne,
Bücher und
andere Zeit-
schriften / /

Martin Gramsch

Lehrl. u. Musikanten-
Liegnitz, Bergstr. 66

Restaurant L. Jonientz

Oppeln, Bleichstr. 3

Zum Eisbeinessen

am Sonnabend, den 8. Novbr.,

abds. 6 Uhr, ladet freundl. ein

D. O.

Musikal. Unterhaltung!

Genosse Stalin über die Oktoberrevolution

Wie die Bolschewiki den roten Oktober vorbereiteten

Wir bringen nachstehend Auszüge aus dem Vorwort des Genossen Stalin zu dem Sammelband seiner Artikel und Reden aus dem Jahre 1917: „Auf dem Wege zum Oktober“. In dieser Vorrede schildert Genosse Stalin die wichtigsten Grundzüge der bolschewistischen Taktik in der Periode der Vorbereitung des roten Oktober.

Die Oktoberrevolution und die kommende Revolution in Deutschland

Das Zusammentreffen der günstigen äußeren und inneren Umstände schuf eine eigenartige Konstellation, die für die verhältnismäßige Reichhaltigkeit des Sieges der Oktoberrevolution bestimmend war.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Oktoberrevolution, was sie äußere und innere Lage betraf, keine Schwächen gehabt hätte. Was bedeutet allein schon ein solcher Mangel, wie die bekannte Vereinsamung der Oktoberrevolution, das Fehlen eines Sowjetlandes neben ihr und in ihrer Nachbarschaft, auf das sie sich hätte stützen können? Zweifellos würde sich die kommende Revolution, z. B. in Deutschland, in dieser Hinsicht in einer weit vorstehenderen Lage befinden, denn sie hätte in ihrer Nachbarschaft ein derart erstzunehmendes starkes Sowjetland wie unsere Sowjetunion. Ich will ganz absehen von einem solchen Mangel der Oktoberrevolution, wie dem Fehlen einer proletarischen Mehrheit im Lande.

Eine Partei an der Spitze der Revolution

Die ungeteilte Führung durch eine Partei, durch die kommunistische Partei, als ausschlaggebender Faktor bei der Vorbereitung des Oktober — das ist der charakteristische Grundzug der Oktoberrevolution, das ist die erste Eigentümlichkeit der bolschewistischen Taktik in der Periode der Vorbereitung des Oktober.

Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, daß ohne diese Eigentümlichkeit der bolschewistischen Taktik der Sieg der Diktatur des Proletariats in einem Milieu des Imperialismus unmöglich gewesen wäre.

Dadurch unterscheidet sich die Oktoberrevolution vorteilhaft von der Revolution des Jahres 1871 in Frankreich, wo sich zwei Parteien in die Führung der Revolution teilten, von denen keine einzige als kommunistische Partei bezeichnet werden kann.

Isolierung der Kompromißparteien

Zweite Eigentümlichkeit. Die Vorbereitung des Oktober vollzog sich also unter Führung einer einzigen Partei, der Bolschewistischen Partei. Wie aber wurde von der Partei diese Führung gehandhabt, auf welcher Linie vollzog sie sich? Diese Führung vollzog sich auf der Linie der Isolierung der Kompromißparteien, als der gefährlichsten Gruppierungen in der Entscheidungsperiode der Revolution, auf der Linie der Isolierung der Sozialrevolutionäre und der Menschewisten.

Worin besteht die grundlegende strategische Regel des Leninismus?

Sie besteht in der Erkenntnis:

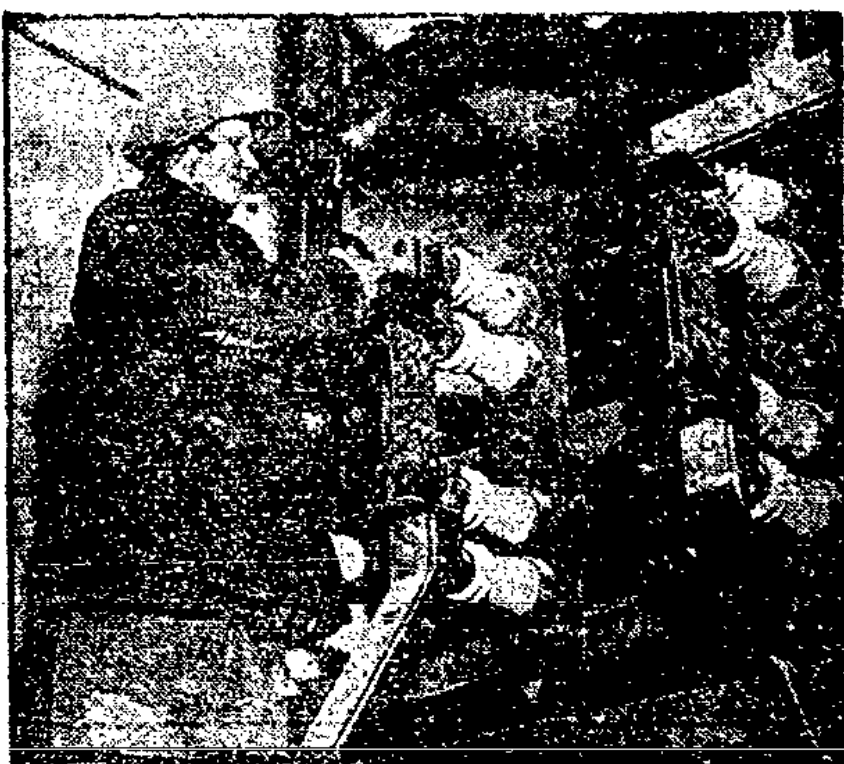
1. daß die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution in der Periode der heranwachsenden revolutionären Entscheidung die Kompromißparteien sind;
2. daß es unmöglich ist, ohne Isolierung dieser Parteien den Feind (den Zarismus oder die Bourgeoisie) zu stürzen;
3. daß infolgedessen das stärkste Feuer in der Periode der Vorbereitung der Revolution auf ihre Isolierung, auf die Loslösung der breiten Massen der Werktätigen von diesen Parteien gerichtet werden muß.

Während der Periode des Kampfes gegen den Zarismus, während der Vorbereitung der bürgerlich-demokratischen Revolution (1915—1916) bildete die Liberal-monarchistische Partei, die Kadetten-Partei, die gefährlichste soziale Stütze des Zarismus. Warum? Weil sie eine partiierte Partei war, eine Partei des Pattierens zwischen dem Zarismus und der Mehrheit des Volkes, d. h. der Bauernschaft als Ganzes. Es ist daher natürlich, daß die Partei damals die Hauptschläge gegen die Kadetten führte...

Hauptfeind gegen die Menschewiki

Während der Periode der Vorbereitung des Oktober verschob sich das Schwergewicht der kämpfenden Kräfte auf eine neue Ebene. Es gab keinen Jaren mehr. Die Kadetten-Partei ver-

Eine Montage-Ingenieurin



wandelte sich aus einer Kompromißfindenden Kraft in die regierende, in die herrschende Kraft des Imperialismus. Der Kampf ging nicht mehr zwischen Zarismus und Volk, sondern zwischen Bourgeoisie und Proletariat. In dieser Periode bildeten die kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, die der Sozialrevolutionäre und der Menschewisten die gefährlichste soziale Stütze des Imperialismus. Warum? Weil diese Parteien damals die partiierten Parteien waren, die Parteien des Pattierens zwischen dem Imperialismus und den werktätigen Massen. Es ist daher natürlich, daß die Hauptschläge der Bolschewiki damals gegen diese Parteien gerichtet wurden, denn ohne diese Parteien Isoliert zu haben, war es unmöglich, auf einen Bruch der werktätigen Massen mit dem Imperialismus zu rechnen, ohne aber



Stalin

diesen Bruch herbeigeführt zu haben, war es unmöglich, auf einen Sieg der Sowjetrevolution zu rechnen.

Viele begriffen damals nicht diese Eigentümlichkeit der bolschewistischen Taktik und bezichtigten die Bolschewiki des „übertriebenen Hasses“ gegenüber den Sozialrevolutionären und Menschewisten sowie der „Auserachtlassung“ des Hauptzieles. Doch zeigt die ganze Periode der Vorbereitung des Oktober in beredter Sprache, daß die Bolschewiki nur durch eine solche Taktik den Sieg der Oktoberrevolution sichern konnten...

Denn ohne Isolierung der Sozialrevolutionäre und Menschewisten wäre es unmöglich gewesen, die Regierung der Imperialisten zu stürzen, ohne Sturz dieser Regierung wäre es unmöglich gewesen, sich des Krieges zu entledigen. Die Politik der Isolierung der Sozialrevolutionäre und Menschewisten erwies sich als die einzige richtige Politik.

Also die Isolierung der Parteien der Menschewisten und der Sozialrevolutionäre als Grundlage der Führung bei der Vorbereitung des Oktober — das ist die zweite Eigentümlichkeit der bolschewistischen Taktik.

Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, daß ohne diese Eigentümlichkeit der bolschewistischen Taktik das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Massen der Bauernschaft in der Luft hängen geblieben wäre...

Alle Macht den Räten!

Dritte Eigentümlichkeit. Die Führung der Partei bei der Vorbereitung des Oktober vollzog sich also auf der Linie der Isolierung der Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewisten, auf der Linie der Loslösung der breiten Massen der Arbeiter und Bauern von diesen Parteien. Wie wurde aber von der Partei diese Isolierung konkret verwirklicht, in welcher Form, unter welcher Losung? Sie wurde verwirklicht in der Form der revolutionären Massenbewegung für die Rätemacht unter der Losung „Alle Macht den Räten“, auf dem Wege des Kampfes für die Umwandlung der Räte aus Organen der Mobilisierung der Massen in Organe des Aufstandes, in Organe der Macht, in den Apparat des neuen proletarischen Staatsgebildes.

Vierte Eigentümlichkeit. Das Bild würde unvollständig sein, wenn wir uns nicht mit der Frage befassen, wie und warum es den Bolschewiki gelungen ist, ihre Parteilosungen zu Losungen der Millionenmassen zu machen, die die Revolution weitertrieben, wie und warum es ihnen gelungen ist, nicht nur die Avantgarde und nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse, sondern auch die Mehrheit des Volkes von der Richtigkeit ihrer Politik zu überzeugen.

Die bolschewistische Lehre der Massenführung

Die Sache ist nämlich die, daß für den Sieg der Revolution, falls diese Revolution eine wirkliche Volksrevolution ist, die Millionenmassen erfasst, die Richtigkeit der Parteilosungen allein nicht genügt. Für den Sieg der Revolution ist noch eine Bedingung unerlässlich, und zwar die, daß die Massen selbst durch ihre eigene Erfahrung von der Richtigkeit dieser Losungen sich überzeugt haben. Nur dann werden die Losungen der Partei zu Losungen der Masse selbst. Nur dann wird die Revolution

zu einer wirklichen Volksrevolution. Eine der Eigentümlichkeiten der bolschewistischen Taktik in der Periode der Vorbereitung des Oktober besteht darin, daß sie es verstanden hat, jene Wege und Bewegungen, die natürlicherweise die Massen zu den Losungen der Partei führen, sie sozusagen an die Schwelle der Revolution heranzuführen, richtig zu bestimmen. Sie erleichterte es dadurch den Massen, die Richtigkeit dieser Losungen zu erfassen, zu prüfen und an der eigenen Erfahrung zu erkennen. Mit anderen Worten, eine der Eigentümlichkeiten der bolschewistischen Taktik besteht darin, daß sie die Führung der Partei nicht mit der Führung der Massen verwechselt, daß sie klar den Unterschied zwischen der Führung der ersteren Art und der zweiten Art erkennt, daß sie demnach die Lehre nicht nur von der Führung der Partei ist, sondern auch von der Führung der Millionenmassen der Werktätigen."

Der Oktober als Hebel der Weltrevolution

Der Sieg des Sozialismus in einem einzelnen Lande ist nicht Selbstzweck. Die Revolution des reicheren Landes darf sich nicht als eine sich selbst genügende Größe betrachten, sondern als Stütze, als Hilfsmittel zur Beschleunigung des proletarischen Sieges in allen anderen Ländern. Denn der Sieg der Revolution in einem Lande, im gegebenen Fall in Rußland, ist nicht nur das Produkt der ungleichmäßigen Entwicklung und des fortschreitenden Verfalls des Imperialismus. Er ist zugleich der Beginn und die Voraussetzung für die Weltrevolution.

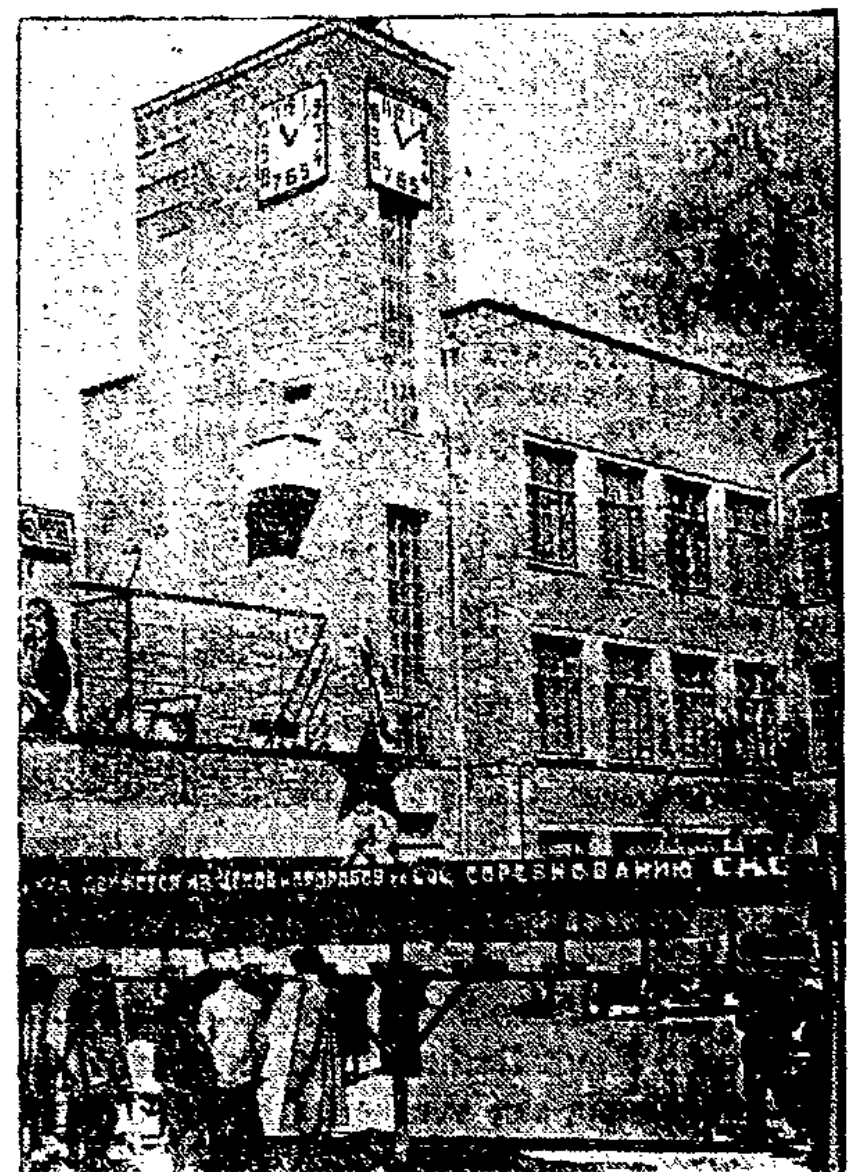
Am wahrscheinlichsten ist es, daß die Weltrevolution sich so entwickeln wird, daß eine Reihe neuer Länder auf revolutionärem Wege vom imperialistischen Staatsystem sich losrennen werden, wobei die Proletarier dieser Länder die Unterstützung des Proletariats der imperialistischen Staaten finden werden. Wir sehen, daß das erste Land, das sich losrennt und gefügt hat, schon jetzt von den Arbeitern und überhaupt von den werktätigen Massen der anderen Länder unterstützt wird. Ohne diese Unterstützung würde sich dieses Land nicht halten können. Es ist unzweifelhaft, daß diese Unterstützung noch wachsen und sich verstärken wird. Aber es ist ebenso unzweifelhaft, daß die Entwicklung der Weltrevolution selbst, der Prozeß der Losrennung einer Reihe neuer Länder sich um so schneller und gründlicher vollziehen wird, je gründlicher der Sozialismus in dem ersten reicheren Lande sich befestigt, je schneller sich dieses Land in eine Basis für die weitere Entfaltung der Weltrevolution, in einen Hebel der weiteren Zerlegung des Imperialismus verwandelt."

Um die Niederwerfung des Weltimperialismus

Die universelle Bedeutung der Oktoberrevolution besteht nicht nur darin, daß sie die große Initiative eines einzelnen Landes darstellt, das imperialistische System zu durchbrechen, daß sie den ersten Herd des Sozialismus im Ozean der imperialistischen Länder bildet, sondern auch darin, daß sie die erste Etappe der Weltrevolution und eine mächtige Basis für ihre weitere Entfaltung ist.

Deshalb haben nicht allein diejenigen Unrecht, die den internationalen Charakter der Oktoberrevolution vergessen, den Sieg der Revolution in einem einzelnen Lande als eine rein nationale und nur nationale Erscheinung hinstellen. Unrecht haben auch diejenigen, die zwar den internationalen Charakter der Oktoberrevolution im Auge behalten, aber geneigt sind, diese Revolution als etwas passives zu betrachten, das lediglich auf Unterstützung von außerhalb angewiesen ist. In Wirklichkeit braucht nicht nur die Oktoberrevolution die Unterstützung der Revolution in den anderen Ländern, sondern auch die Revolution in diesen Ländern braucht die Unterstützung der Oktoberrevolution, um das Werk der Niederwerfung des Weltimperialismus zu beschleunigen und vorwärts zu treiben.

Der Eingang zu Selmaschstroj



Das im Juni dem Betrieb übergebene Großwerk „Selmaschstroj“ in Rostow am Don wird jährlich für 115 Millionen Rubel landwirtschaftliche Maschinen liefern, während 900 Fabriken der Vorkriegszeit alljährlich nur für 90 Millionen Rubel zu liefern imstande waren.

Der Fünfjahrplan in vier Jahren!

Mit der Kamera durch das freie Sowjetland



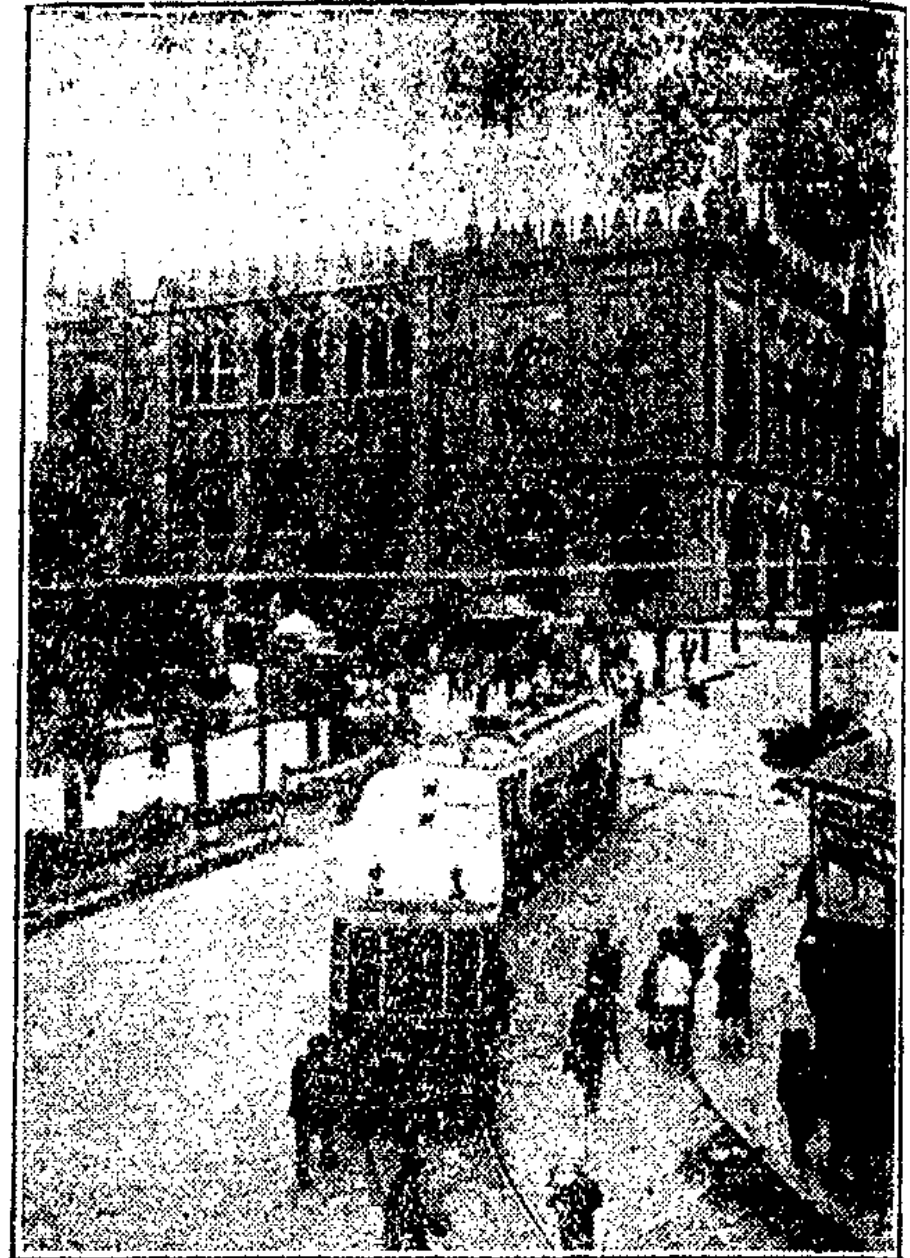
Soldaten der GPU.

Die GPU, im Verein mit der Roten Armee, ist das Auge und das Schwert der siegreichen proletarischen Revolution. Von allen Korporrevolutionären gehaßt, vom Proletariat geliebt. Sie wacht darüber, daß im Arbeiter- und Bauernstaat keine Sklareks und keine Böß' ihr Unwesen treiben.



Das Lenin-Mausoleum am Roten Platz in Moskau

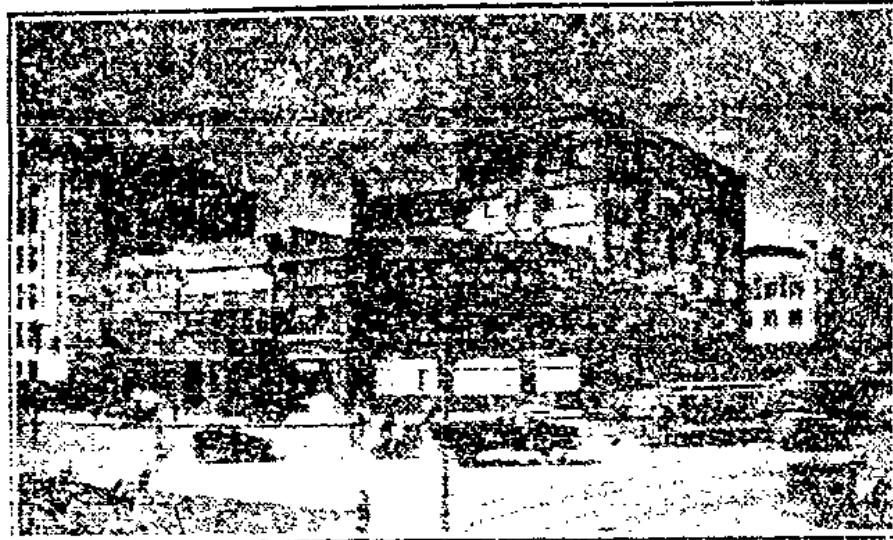
Hier ist der unsterbliche Führer des Weltproletariats Wladimir Iljitsch Lenin beigesetzt. Endlose Schlangen von Menschen sieht man hier täglich am Sarge ihres toten Führers ehrfurchtsvoll vorüberziehen. Auf dem Platz vor dem Mausoleum finden die gewaltigen Demonstrationen des Moskauer Proletariats und der Roten Armee statt.



Der türkische Kulturpalast in Baku

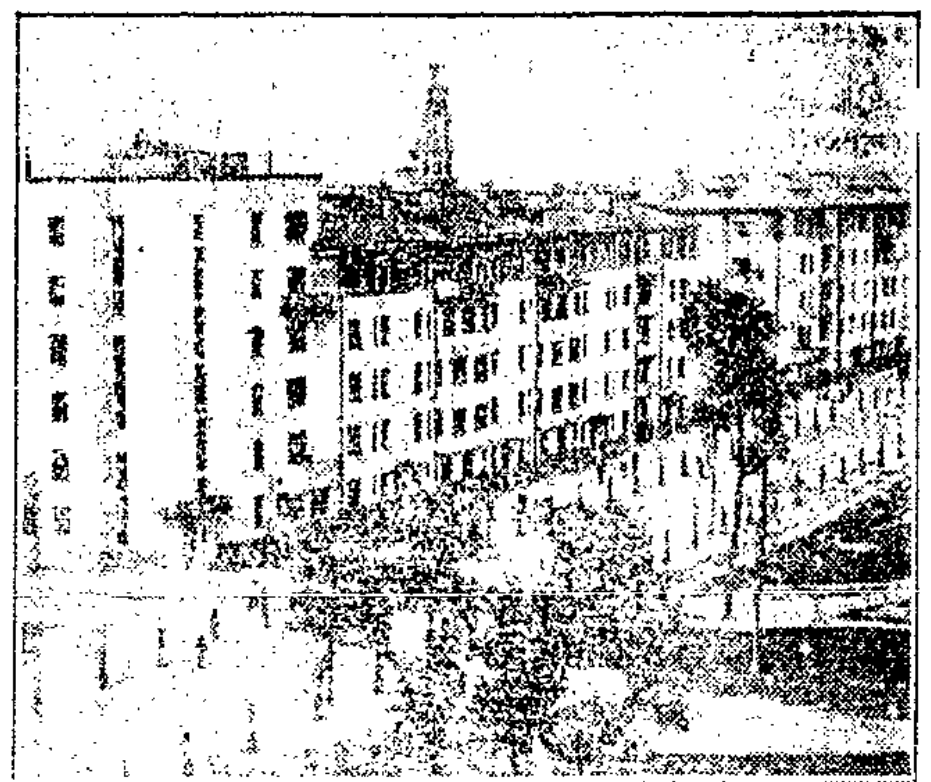


Ein Blick in die soeben fertiggestellte Textilfabrik „Sowjetgeorgien“ in Tiflis

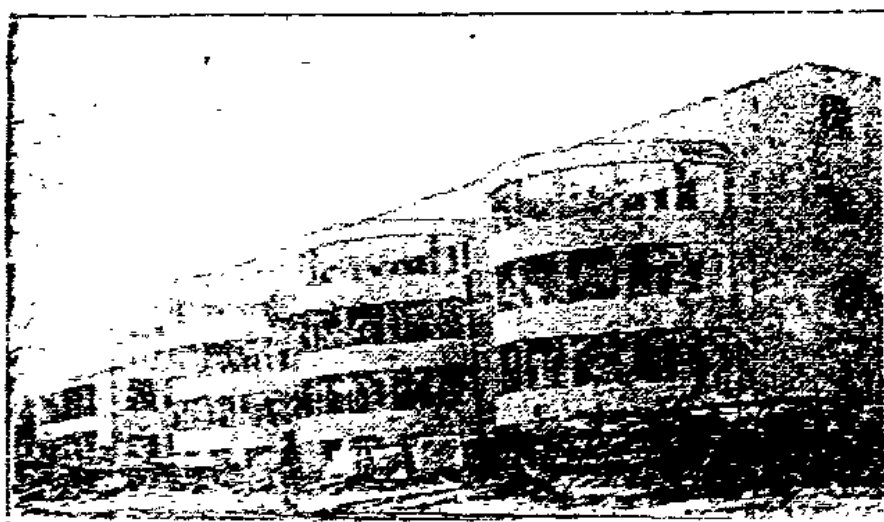


Die Architektur des neuen Moskau

Nicht nur in der roten Hauptstadt, sondern im ganzen weiten Gebieten der Sowjetunion erfolgt der Auf- und Ausbau nach den modernsten Erranzenschaften des Bauens und der Architektur — ganz gleich, ob es sich um staatliche Gebäude, Klubhäuser oder Wohnungen handelt. Hier wird vom Gesichtspunkt der Notwendigkeit, der Zweckmäßigkeit und Bequemlichkeit gebaut, während in den kapitalistischen Ländern der Profit der Baulöwen maßgebend ist.

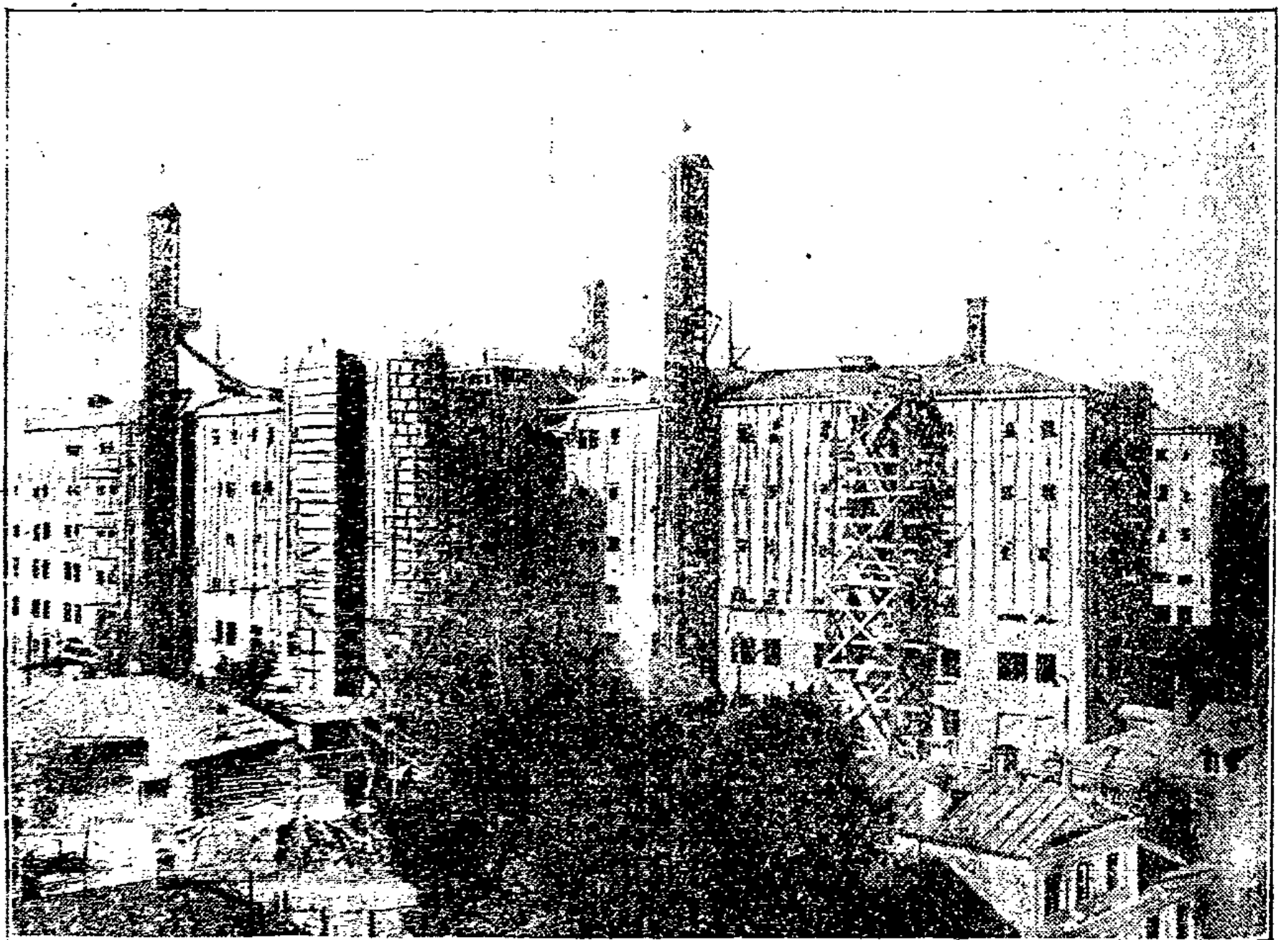


Neue Arbeiterviertel in einem Moskauer Vorort



Die neue Stadt Dscherschinsk im Bezirk der großen chemischen Werke im Kreise Nishni-Nowgorod

Beim Aufbau der neuen Städte wird vor allem auf geräumige, gesunde Wohnungen für die Arbeiter gesehen. Überall gilt der Grundsatz: Nur das Beste ist für die Arbeiter gut genug. Hier gibt es keinen Mietwucher und keine Hanspaschas mehr.



Das neue Charkower Traktorenwerk geht seiner Vollendung entgegen